



Prof. Dr. Ludwig Knemeyer:

Ein Leben für die Kommunalforschung

Der langjährige Leiter des Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrums kann auf 30 Jahre effiziente Forschung blicken.

Seite 4



Dr. Bruno Merk:

Urgestein bayerischer Politik

Seinen 85. Geburtstag feierte der „Vater der Gebietsreform“ im Kreis zahlreicher Weggefährten und Freunde im schwäbischen Günzburg.

Seite 2



Erwin Dotzel:

Besuchsreise zu Unterfrankens Landräten

Der neue Bezirkspräsident bereist die Landkreise, um sich vorzustellen und mit den Kommunalpolitikern aktuelle Fragen zu klären.

Seite 14

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 19. April 2007

58. Jahrgang / Nummer 8

Kontaktkreis Politik - Wissenschaft - Kultur:

Glänzende Kulturarbeit in den Kommunen

Mit der Frage „Kultur in den Kommunen - wie wichtig ist uns das?“ beschäftigte sich das jüngste Treffen des Kontaktkreises Politik - Wissenschaft - Kultur in München. Dessen Leiter, Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, wies dabei darauf hin, dass die bayerischen Kommunen vorbildliche Kulturarbeit leisteten und auch der Staat sich der Kultur verpflichtet fühle. Durch die gute Zusammenarbeit zwischen beiden Ebenen könne der Freistaat mit Recht von sich behaupten: „Wir sind ein Kulturstaat!“

Es sei ein zentrales Anliegen der bayerischen Politik, in allen Landesteilen ein attraktives kulturelles Angebot zu gewährleisten, betonte Goppel. Über eine halbe Milliarde Euro wende der Freistaat Bayern für die Pflege und Erhaltung des kulturellen Lebens Jahr für Jahr auf. „Das ist Geld, das dem Opernbesucher in

München ebenso zugute kommt, wie dem Konzertveranstalter in Aschaffenburg oder dem Gast einer Vernissage in Ingolstadt.“

Gewachsene Kultur wertschätzen und pflegen

Klar sei, dass die Identität eines Landes nur erhalten werden könne, „wenn wir unsere über Jahrhunderte gewachsene Kultur wertschätzen und pflegen“, fuhr Goppel fort. Kulturelles Leben solle für Kontakte und Kreativität: „Es bringt uns dazu, uns mit uns selbst und mit anderen auseinander zu setzen. Kultur verbindet uns in unserer Gesellschaft und mit unseren Nachbarn.“ Kultur lebe aber auch vom Einsatz und von der Begeisterung der Bürger. Privates Mäzenatentum wolle die Bayerische Staatsregierung deshalb verstärkt fördern. Zudem sei man bestrebt, künstlerische Begabungen in Schulen und Vereinen früh zu wecken und zu fördern.

Subsidiaritätsprinzip

„Auf unsere Kultur und ihre Vielfalt in unseren Städten, Gemeinden und Regionen können wir stolz sein“, so der Minister. Dort seien die unterschiedlichsten Aktivitäten und Initiativen zu finden, im Laienbereich wie bei den Profis. In einer bewährten und guten Aufgabenteilung sei die Zuständigkeit für die Kultur nach dem Subsidiaritätsprinzip

zwischen Staat und Kommunen aufgeteilt. Der Staat zeichne für die Angebote von überregionaler, landesweiter oder internationaler Bedeutung verantwortlich. Die Kommunen gestalteten die örtliche und regionale Kulturpflege. Die Kommunen brächten dabei auch in finanziell schwierigen Zeiten erhebliche Leistungen auf und finanzierten etwa die Hälfte der öffentlichen Kulturhaushalte. Sie stellten einen „starken Stützpfiler für unsere Vielfalt bei Museen, Theatern, (Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Thomas Goppel.

CSU-Landtagsfraktion in Oberbayern unterwegs

Arbeitsplätze - Bildung - Kultur - an diesem Dreiklang orientierte sich der Vorstand der CSU-Landtagsfraktion bei seiner siebten Fahrt in dieser Legislaturperiode in einen der bayerischen Regierungsbezirke. Bei ihrer Reise durch das südwestliche Oberbayern besuchte die Fraktionschefin Weilheim, Bernried, Murnau und Penzberg. Im Mittelpunkt stand dabei der Dialog mit rund 30 Landräten und Bürgermeistern aus der Region.

Der ständige und konstruktive Austausch mit den Kommunalpolitikern sei für die Arbeit der CSU-Fraktion zentral, so CSU-



Zur Klausurtagung traf sich die CSU-Europagruppe am Wochenende in Bad Gögging. Unter anderem wurden dabei auch Fragen der inneren Sicherheit mit dem bayerischen Innenminister Dr. Günther Beckstein diskutiert.

Bayerische Interessen kraftvoll vertreten

Klausurtagung der CSU-Europagruppe in Bad Gögging

Zu ihrer Klausurtagung haben sich die neun CSU-Europaabgeordneten im bayerischen Bad Gögging getroffen. Schwerpunkte der Beratungen bildeten die Energiepolitik, der Ausbau der Infrastruktur in Bayern und Fragen der Rechtsharmonisierung im Bereich der Innenpolitik. Gesprächspartner waren der bayerische Wirtschaftsminister Erwin Huber und der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein.

Mit Vertretern der Energiewirtschaft diskutierten die Europaabgeordneten die Vorschläge der Europäischen Kommission zum Energiebereich. „Ziel muss es sein, die drei globalen Ziele, günstige Preise, also mehr Wett-

bewerb, Versorgungssicherheit und Erreichung von mehr Klimaschutz miteinander zu versöhnen“, so Markus Ferber, der Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Einigkeit herrschte darüber, dass mehr Wettbewerb auch weniger staatlichen Eingriff bedeuten müsse. Eine Anreizregulierung wurde von allen Beteiligten begrüßt, denn nur so würden marktwirtschaftliche Instrumente bei der Energieversorgung wirklich zum Tragen kommen.

Förderung erneuerbarer Energien

Intensiv wurde auch die zukünftige Förderung erneuerbarer Energien diskutiert, ohne die die Klimaschutzziele der EU nicht erreicht werden können. Die Vorsitzende des Industrie und Energieausschusses des Europäischen Parlaments, Angelika Niebler, betonte dabei, dass gerade im Bereich der privaten Haushalte die meisten Potenziale für erneuerbare Energien vorhanden seien. Aber auch im Bereich Effizienz oder Dämmung von Häusern seien die Möglichkeiten längst nicht ausgeschöpft, so die parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe.

Mit dem bayerischen Wirtschaftsminister Erwin Huber wurden wichtige anstehende Infrastrukturvorhaben in Bayern diskutiert. Einigkeit herrschte darüber, dass die Donau in Niederbayern auf ein Niveau ausgebaut werden muss, das eine Nutzung dieser wichtigen Wasserstraße an mehr als 300 Tagen im Jahr möglich macht. Kritik äußerten dabei die Europaabgeordneten am Bundesverkehrsminister, der bisher in Brüssel nichts unternommen habe, um europäische Haushaltsmittel für (Fortsetzung auf Seite 4)



Am liebsten würde der Chef unserer Vorzimmerperle das Verbot verbieten. Diese „Verbotsforderungswelle“ geht ihm auf die Nerven. Er fordert mehr Widerspruch gegen diejenigen, die die Handlungsfreiheit des Einzelnen einschränken wollen. Der Kalenderspruch „Das Verbot verdoppelt den Genuss“ kommt ihm da gerade recht. Seite 15

Bitte um Mithilfe:

Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Bücherverbrennung

Zahlreiche bayerische Kommunen haben in den Jahren 2005 und 2006 zum Erfolg der Aktion „Bücher aus dem Feuer“ ihren unverwechselbaren Beitrag geleistet. Für den 10. Mai 2007 ruft Initiator Gerhard Schmitt-Thiel erneut zur Teilnahme auf.

Am Jahrestag der Bücherverbrennung durch die Nazis (1933) werden bundesweit Texte aus den damals vernichteten Werken vorgelesen.

Auf öffentlichen Plätzen, vor oder in Rathäusern, in Bibliotheken, Museen, Schulen, Universitäten, von Lernenden und Lehrern, in Theatern, Opern, Buchhandlungen, Restaurants - also überall wo sich Menschen zusammenfinden - soll gegen das Vergessen „angelesen“ werden.

Weitere Informationen und Anmeldung bei www.buecherlesung.de.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Landrat Luitpold Braun, die Abgeordneten Renate Dodell und Joachim Herrmann sowie Josef Steigenberger, 1. Bürgermeister der Gemeinde Bernried (v. l.).

Positive Zusammenarbeit

Luitpold Braun, Landrat des Landkreises Weilheim-Schongau und Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, betonte die positive Zusammenarbeit mit der CSU-Landtagsfraktion und der Staatsregierung. „Der kommunale Finanzhaushalt 2007 ist in Ordnung“, sagte Braun. Mehrere Landräte und Bürgermeister sprachen die Situation der Grund- und Hauptschulen im ländlichen Raum an. Einhellig lehnten die Kommunalpolitiker ab, die ganztägige Hauptschule verpflichtend einzuführen. Renate Dodell, (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bayerische Kommunen gesucht!	2/3
Kommunalpolitischer Kongress der Jungen Union	2
Gute Chancen für Bayerns Tourismus	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Mehr Krippenplätze - ja bitte!	3
9. Tage der Bodenordnung und Landentwicklung	3
Sportpolitik in den Kommunen	3
GZ-Fachthema: Kommunale Energiepolitik	5 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Dr. Bruno Merk feierte seinen 85. Geburtstag:

Urgestein bayerischer Politik

Über Jahrzehnte prägte er die Politik nicht nur in seinem Heimatlandkreis Günzburg. Dr. Bruno Merk, ehemaliger Landrat des Alt-Landkreises Günzburg, Landtagsabgeordneter und bayerischer Innenminister blickte auf 85 bewegte Lebensjahre zurück.

Eigentlich wollte der Jubilar nur mit geladenen Gästen im rein privaten Kreis feiern. Doch da spielten seine langjährigen Wegbegleiter nicht mit. Eine separate, große Feier an einem eigenen Termin lehnte Merk dankend ab. Dafür schlug er einen Kompromiss vor: Am Sonntag zwischen dem Kirchgang in „Heilig Geist“ und dem privaten Mittagessen nahm er die Glückwünsche und Würdigungen von Vertretern der Politik, des öffentlichen Lebens, von Vereinen und Bürgern entgegen.



Dabei blickten die öffentlichen Laudatoren Alfred Sauter (CSU-Kreisvorsitzender), Günzburgs Landrat Hubert Hafner und Günzburgs Oberbürgermeister Gerhard Jauernig (SPD) auf Merks bewegtes Leben zurück: Geboren wurde er in

Großkötz als jüngstes von sechs Kindern. Sein Vater starb früh; die Mutter hielt die verarmte Familie mit aufopferndem Einsatz über Wasser. Nach dem Abitur in einem Internat der Pallottiner in Bruchsal, wo der intelligente Bub glücklicherweise einen Freiplatz bekam, wollte Merk eigentlich Theologie studieren und Priester werden. Doch stattdessen wurde er als Soldat in den Krieg eingezogen, in dem er seinen linken Arm verlor. In den ersten Nachkriegsjahren begann er seine berufliche Laufbahn als Ersatzlehrer im Volksschuldienst und erhielt dann eine Anstellung bei der Stadt Günzburg. Parallel dazu studierte er Jura.

Bereits 1946 hatte Merk mit dem Eintritt in die CSU seine politische Laufbahn begonnen. 1952 wurde er Stadtrat in Günzburg. 1958 zog er in den Landtag ein. 1962 erfüllte sich sein politischer Lebensstraum, als er zum Landrat gewählt wurde. 1966 berief Ministerpräsident Alfons Goppel Merk zum bayerischen Innenminister. Dies blieb er bis 1977. In dieser Zeit schrieb der Günzburger bayerische Geschichte. Gegen den Widerstand einflussreicher Parteikreise, mit Franz Josef Strauß an der Spitze, führte er die Landkreis- und die Gemeindereform zum Erfolg.

Ein Mammutwerk wie die bayerische Gebietsreform, die zur Halbierung der vormaligen Landkreise und Reduzierung der Gemeinden auf ein Drittel geführt habe, „konnte nur ein Typ durchsetzen wie Du“, stellte unwidersprochen Alfred Sauter fest. Trotz der massiven Widerstände, die es aus den betroffenen Gemeinden und bis in die Spitze hinein aus der eigenen Partei gegeben habe, sei Merk „nie davongelaufen“. Im „24-Stunden-Dauereinsatz“ ist er durch ganz Bayern zu „jedem Brandherd“ geeilt und habe sich „jeder Diskussion gestellt“, stellte Alfred Sauter nochmals klar heraus. „Ohne einen Mann wie Dich wäre unsere Partei nicht so erfolgreich gewesen und geblieben, wie sie heute ist“. „Ohne diese Reform wäre Bayern, wären unsere Städte, Landkreise und Regionen im europäischen und globalen Wettbewerb bei weitem nicht so gut aufgestellt, wie sie es heute sind“, fügte Landrat Hubert Hafner an. Heute, so Hafner, sei die Notwendigkeit und der Nutzen von Merks damaliger Hartnäckigkeit, Durchsetzungsstärke und Abneigung gegen faule Kompromisse weitgehend unumstritten.

Nicht dahinter zurück, so Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, stehe Merks Einsatz für seine Heimatstadt Günzburg: „Sie haben Ihrer Heimat immer die Treue gehalten und Ihr Wirken liegt zwischenzeitlich im ehrenamtlichen Bereich, ist aber immer noch spürbar.“ Jauernig strich Merks Engagement für die Günzburger Kolpingfamilie ebenso heraus wie seine wichtigen Impulse für die Renovierung und Wiederbelebung des Unteren Stadtturmes. Ebenso wie beim Günzburger Wahrzeichen wäre auch die Restaurierung des bedeutendsten Baudenkmals der Stadt, der Frauenkirche, ohne seinen großen Einfluss und seine Kontakte „nicht so reibungslos vorangegangen“. Eng mit Bruno Merks Namen ist zudem die „Wiedererweckung der Reissburg aus ihrem Dornröschenschlaf“ verbunden. Ihm ist es maßgeblich zu verdanken, dass darin ein Institut für wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch etabliert wurde, das heute „in Kreisen der internationalen Wissenschaft ein fester Begriff“ sei. **Hans Joas**



Alexander Kolb, Kreisvorsitzender JU Augsburg-Land, Michael Smiscek, Ortsvorsitzender JU Stadtbergen, Innenminister Dr. Günther Beckstein, JU-Landesvorsitzender Manfred Weber, MdEP, Martin Sailer, MdL, Sprecher der jungen Gruppe im Bayerischen Landtag (v. l.).

Kommunalpolitischer Kongress der JU Bayern:

Mut zur Vision!

Selbstbewusst geht die Junge Union in die Vorbereitungen für die bayerischen Kommunalwahlen im März 2008. JU-Landesvorsitzender MdEP Manfred Weber forderte in Stadtbergen bei Augsburg eine angemessene Berücksichtigung junger Kommunalpolitiker auf den Wahllisten. Er erinnerte an einen Beschluss des CSU-Vorstands, demzufolge in jedem Zehner-Block der CSU-Listen zwei Kandidaten aus den Reihen der JU stehen sollen.

Innenminister Dr. Günther Beckstein machte den rund 120 jungen Kongressteilnehmern Mut, sich thematisch einzubringen und Visionen für die Entwicklung der Städte und Gemeinden zu formulieren. Den Kommunen komme in vielen Bereichen eine große gestalterische Aufgabe zu.

Grundversorgung

Die wichtigsten Themen auf kommunaler Ebene seien die demographische Entwicklung, die Familienpolitik sowie die Stär-

Pranger gestellt werden. Aber selbstverständlich müssten junge Frauen bei ihrem Berufswunsch unterstützt werden. Er wolle Geld in die Hand nehmen, um die Kinderbetreuung auszubauen, so Beckstein.

Innovative Ideen

JU-Chef Weber bedankte sich für die Unterstützung durch den bayerischen Innenminister. Beckstein sei ein verlässlicher Partner der Jungen Union, der hinter den jungen Kandidaten stehe. Die Junge Union werde



kung des ländlichen Raums. Insbesondere die flächendeckende DSL-Erschließung müsse intensiv vorangetrieben werden. Beckstein bekräftigte, dieser schnelle Anschluss gehöre zur Grundversorgung. Er wolle aber dabei die Kommunen nicht bezuschussen, da dies nur eine willkommene Einnahmequelle für die Telekommunikationsfirmen sei. 95 Prozent Bayerns seien inzwischen versorgt, und der Anschluss sei nicht so teuer wie Wasser oder Abwasser, so dass die Städte und Gemeinden dies schultern könnten. Langfristig müssten gleichwertige Bedingungen für alle geschaffen werden. Voraussetzung dafür sei eine verantwortungsvolle Finanzpolitik. Ein Sparhaushalt dürfe jedoch nicht zu Lasten der Kommunen erstellt werden.

Kinderbetreuung ausbauen

Besonders starken Beifall erhielt der Minister für einen Vermittlungsversuch im aktuellen Streit um die Kinderbetreuung. Die Gegensätze zwischen Bischof Walter Mixa und Familienministerin Ursula von der Leyen seien gar nicht so groß, meinte er. Ältere Frauen, die ihre Karriere der Familie geopfert hätten, dürften nicht an den

dieses Vertrauen auch weiterhin durch innovative Ideen und tragfähige Konzepte rechtfertigen. Weber wies darauf hin, dass bei der letzten Kommunalwahl 1500 JU-Mitglieder in die Parlamente eingezogen seien. Die JU sei dreimal so groß wie die Jusos und doppelt so groß wie die Jugendorganisationen aller übrigen Parteien zusammen.

Europas Einfluss

Anschließend diskutierten die Teilnehmer mit Experten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung über den Einfluss der Europäischen Ebene auf die Kommunen. Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Europagruppe, Martin Sailer, Sprecher der Jungen Gruppe im Bayerischen Landtag, Mercedes Leiß, Leiterin der Europaabteilung des Bezirks Schwaben sowie der Geschäftsführer der Abieta GmbH Gersthofen, Dietmar Bewart, gaben einen Einblick in die unterschiedlichen Einflussbereiche Europas auf die Kommunen. Außerdem zeigten die Podiumsteilnehmer Wege und Möglichkeiten für die Kommunen auf europäischer Unterstützung- und Fördermöglichkeiten zu nutzen. Ferber und Bewart plädierten für eine offensivere Politik auf

Bayernweite Ausschreibung:

Bayerische Gemeinde gesucht!

Kostenlose Planung eines zeitgemäßen Spielplatzes

Der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) in Bayern sucht eine bayerische Gemeinde, Elterninitiative oder gemeinnützige Organisation, die einen dringenden Bedarf an Planung und Umsetzung eines modernen Spielplatzes hat. Die Kosten für die Planung werden vom bdla finanziert. Die Realisierung erfolgt durch den Bewerber, unterstützt durch den bdla.

Gegenstand: Neuanlage oder Sanierung eines bestehenden Spielplatzes

Vorgehen: Auswahl durch eine bdla-Jury Anfang Juli 2007, Workshop vor Ort mit Kindern zur Ideenfindung im Herbst/Winter 2007 in Kooperation mit dem Gewinner, Umsetzung im Jahr 2008

Einzureichen: 3 aussagekräftige Fotos, digitales Farb-Luftbild, Grundriss im Maßstab 1:200, erläuternde Begründung (max. 1 DIN A4-Seite)

Realisierung: 2008 in Eigenregie, unterstützt durch den bdla

Teilnahmeberechtigt: Bayerische Gemeinden, Träger von Kindergärten, -horten, -tagesstätten, private und staatlich geförderte Elterninitiativen

Einsendeschluss: 22. Juni 2007

Die Ausschreibung ist eine Aktion im Rahmen der „bdla Gartenwelten 2007“.

Bei den jährlich stattfindenden „Gartenwelten“ führen Landschaftsarchitekten durch ihre Werke - vom Hausgarten bis zum Stadtpark. Die „Gartenwelten“ 2007 finden bayernweit vom 20. - 22. Juli statt und stehen unter dem Motto „Kinderspiel“.

Die Ausschreibung soll neue Ideen und Wege zur Planung und Umsetzung von zeitgemäßen kind- und seniorengerechten Spielanlagen im Freien aufzeigen. Der Gewinner der Ausschreibung wird zu den Gartenwelten 2007 bekannt gegeben.

Gartenwelten sind eine Veranstaltung im Rahmen der Initiative Architektur und Baukultur des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Weitere Informationen: <http://www.bayern.bdla.de/seite86.htm>, Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesverband Bayern | Oberer Graben 3a | 85354 Freising, Tel.: 08161 14 94 00, Fax: 08161 14 94 01, eMail: Knoll-bayern@bdla.de.

Gute Chancen für Bayern im Urlaubsjahr 2007

Huber: Optimistische Grundstimmung und steigende Reiseabsicht lassen stabile Urlaubsnachfrage erwarten

Gute Aussichten für den Tourismus in Bayern: Die ersten Daten zur „Reiseanalyse RA 2007“ der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen (FUR) zeigen eine leicht steigende Tendenz. Im Januar planten 70 % der Befragten für 2007 eine Urlaubsreise, verglichen mit 67 % im Vorjahr. „Die steigende Nachfrage bietet für das Urlaubsland Bayern mit seiner touristischen Vielfalt gute Chancen. Den in der Studie genannten Reisezielen zufolge zieht es die Deutschen im Inland vor allem in die Berge oder an die Küste. Dabei konnte Bayern seinen ersten Platz vor Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Baden-Württemberg behaupten“, sagte Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber.

Der Freistaat sei bei den für die Befragten besonders interessanten Urlaubsformen wie Natur, Städte, Aktiv, Gesundheit, Wellness, Kur sowie Winter/Sonne gut aufgestellt und könne seinen Gästen hier viel bieten. Huber: „Insbesondere Städtereisen boomen. In diesem Segment hat sich die Nachfrage seit Anfang des Jahrzehnts verdoppelt. Städtereisen werden durch das kräftig gewachsene Interesse auch in naher Zukunft eine bedeutende Rolle für den bayerischen Tourismus spielen.“ Die Umfrage der FUR nach den Städtereisezielen in den Jahren 2007 bis 2009 hat ergeben, dass 27 % der Befragten für diesen Zeitraum eine München-Reise planen. Damit liegt die bayerische Landeshauptstadt nach Berlin (38 %) an zweiter Stelle der inländischen Top-Städteziele, noch vor Hamburg (21 %) und Dresden (20 %).

Europäischer Ebene. Martin Sailer wies auf das Spannungsfeld zwischen Europa und den Kommunen hin. Anstatt bestehende Vorurteile zu bekräftigen müsse man vielmehr die positiven Aspekte der Europäischen Union, wie beispielsweise die verschiedenen EU-Förderprogramme, hervorheben. Die Leiterin der Europaabteilung, Mercedes Leiß, wies auf das Europabüro der Kommunen in Brüssel als wichtigen Ansprechpartner vor Ort hin. Einigkeit herrschte darüber, dass Europa eine große Chance darstelle, die es für die Kommunen zu nutzen gelte. **DK**

Dennoch bestehe für Selbstzufriedenheit kein Anlass, warnte Huber. Die Globalisierung erhöhe auch im Tourismus den Wettbewerbsdruck. Urlaubsgebiete in aller Welt seien über das Internet für jedermann problemlos zugänglich und vergleichbar.

Zufriedenheit der Gäste

„Damit Bayern seine führende Position sichern und weiter ausbauen kann, müssen wir weiterhin für die Zufriedenheit der Gäste durch Vielfalt und hohe Qualität der Angebote sorgen. Dazu ist das gemeinsame Engagement aller Leistungsträger in den Regionen, Kommunen und touristischen Unternehmen in Bayern notwendig“, betonte der Wirtschaftsminister. Die Staatsregierung unterstütze Tourismusgewerbe und Kommunen durch finanzielle Hilfen.

Zinsverbilligte Darlehen

Zusätzlich zu bestehenden Förderprogrammen stellt das Wirtschaftsministerium für Hotellerie und Gastronomie zinsverbilligte Darlehen in Höhe von 100 Mio. Euro zur Verfügung. Huber rief die Tourismuswirtschaft auf, kräftig zu investieren und die Fördermittel in Anspruch zu nehmen. „Mit dem Sonderförderprogramm wollen wir einen Investitionsschub im Tourismus initiieren. Wenn uns dieser Kraftakt gelingt, wird mit der Inspiration und Motivation der Verantwortlichen der Tourismus in Bayern langfristig profitieren.“

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Allgeyer
91227 Leinburg
am 7.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Fischer
86869 Oberostendorf
am 6.5.

Bürgermeister Max Rindle
86482 Aystetten
am 7.5.

Bürgermeister Ernst Scheuenstuhl
91443 Scheinfeld
am 28.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Kutzi
84164 Moosthenning
am 3.5.

Bürgermeister Karl Schwarzberger
82445 Schwaigen
am 3.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Rudert
91096 Möhrensdorf
am 25.4.

Bürgermeister Alois Maier
84384 Wittbreut
am 25.4.

Bürgermeister Gerold Strobel
96476 Bad Rodach
am 29.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Dobler
86853 Bad Rodach
am 27.4.

Ländliche Räume neu entdeckt?

Von Konfrontation zur Kooperation

9. Münchner Tage
der Bodenordnung und Landentwicklung

„Von Konkurrenz und Konfrontation zu Kommunikation und Kooperation - Ländliche Räume neu entdeckt?“ lautete das Motto der 9. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung an der TUM. Die Veranstalter, der Förderkreis Bodenordnung und Landentwicklung München e.V. sowie die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung, München, konnten dabei eine neue Rekordzahl von über 200 Teilnehmern vermelden.

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel wies in seiner Einführung darauf hin, dass das Augenmerk zunehmend auf die Förderung von mehr Selbstverantwortung für ein lebenswertes Leben zu legen sei. Dazu gehörten als Voraussetzung auch weiterhin „eine entsprechende öffentliche und kommunale Infrastruktur und sonstige Vorleistung“. Das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Jürgen Busse betonte

fähigkeit zwischen Staat und Kommunen sowie den Akteuren der maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen sein. Auf kommunaler Ebene gehe es um eine interkommunale Zusammenarbeit auf freiwilliger und gleichgestellter Basis.

Rückgrat Bayerns

„Wenn man den ländlichen Raum richtigerweise schon als Rückgrat Bayerns bezeichnet,

längst auch den ländlichen Raum erfasst und ihm viele seiner eigentlichen Qualitäten erst richtig erschlossen. Damit einhergehend gebe es im ländlichen Raum allerdings auch eine Fülle von Nutzungsansprüchen, die zu Konkurrenzsituationen und Nutzungskonflikten führen können. Auf Grund steigender Ansprüche, neuer Herausforderungen und veränderter Denkansätze werde es immer einen Bedarf an Ordnung, Erneuerung, Anpassung und Entwicklung im Umgang mit Grund und Boden geben.

Integrierte Planung von Bodenressourcen

Gleichzeitig sei ein Freiraum notwendig, der gerade den Charakter des ländlichen Raumes ausmacht, hob Steinmaßl hervor. Deshalb sei eine integrierte Planung von Bodenressourcen der notwendige praktische Ansatz, um einer nachhaltigen Nutzung gerecht zu werden. Die Bodenordnung und Landentwicklung stelle hierbei das wesentliche Bindeglied zwischen den gesetzlich formulierten Verfahren, den Besitzern des Landes und den nutzenden Bürgern dar. Der ländliche Raum habe dann Zukunft, „wenn eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes gelingt, wenn wir vernetzt und übergreifend auf allen Ebenen handeln und denken“.

Entwicklungsperspektiven

Manfred Thümmel, 1. Bürgermeister der Stadt Pegnitz, Landkreis Bayreuth, verwies darauf, dass der neue Fördergrundsatz der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) zur integrierten ländlichen Entwicklung einige Neuerungen im Rahmen der Bund-Länder-finanzierten Förderung ländlicher Räume mit sich bringt. Neben einer integrierten Betrachtung von Dorferneuerung, Flurneuordnung und ländlichem Wegebau ergäben sich insbesondere mit den neuen Fördergegenständen „integrierte ländliche Entwicklungskonzepte“ und „Regionalmanagement“ neue Perspektiven für die Entwicklung ländlicher Räume.

Endogene Potenziale

Durch die Entstehung des „Regionalen Wirtschaftsbandes A9 - Fränkische Schweiz“ (Geoland Fränkische Schweiz) erwarteten die beteiligten Entscheidungsträger letztlich eine Verbesserung der interkommunalen Kooperation und Kommunikation, eine verbesserte Nutzung der endogenen Potenziale der Region, die Vereinfachung von Verwaltungsstrukturen sowie eine Verbesserung der Vermarktung regionaler Potentiale.

Rollen- und Selbstverständniswechsel

„Die veränderten Rahmenbedingungen erfordern von allen Partnern ein Umdenken und die Entwicklung von interdisziplinären und kooperativen Handlungsstrategien“, stellte Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der Schule für Dorf- und Landentwicklung (SDL), Thierhaupten, fest. Dies bedeute einen Rollen- und Selbstverständniswechsel in Politik und Verwaltung. Zwar seien derzeit die Erfahrungen mit Anpassungsstrategien zum demografischen Wandel noch eher dünn gesät, jedoch existierten viele gute Beispiele und Projekte, die motivieren und zum Nachdenken anregen.

Als Beispiele hierfür nannte Augustin „viele Bürgerkommunen, die ihre Prozesse optimal steuern sowie gut funktionierende interkommunale Entwicklungsprojekte“. Das Ziel laute künftig, die Entwicklung der

GZ Kolumne Gerhard Weber

*Lebe bester
und lebe!*

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, zählt zu den unbestrittenen Zielen in unserer Gesellschaft und in der Politik. Ebenso unwidersprochen bleibt die Forderung, dass unser Land kinder- und familienfreundlicher werden muss. Wenn es aber darum geht, diese von allen geteilten Aussagen in konkrete Maßnahmen umzusetzen, dann entbrennen bei uns heftige Diskussionen.

Allein schon die äußerst besorgniserregende demografische Entwicklung in Deutschland erfordert wirksame Gegenmaßnahmen. So hat zum



nach der Geburt ihres Kindes nicht in ihren Beruf zurück.

Wer als Mutter oder Vater kleiner Kinder Pausen im Berufsleben einlegen will und sich ausschließlich der Kindererziehung widmen möchte, soll diese Möglichkeit selbstverständlich haben und verdient die volle Achtung und den ungeteilten Respekt der Gesellschaft für eine solch höchst verantwortungsvolle Einstellung. Und damit sind wir beim Kernpunkt der Diskussion angelangt: es geht darum, die Wahlfreiheit der Eltern zu gewährleisten;

die Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie alsbald nach der Geburt ihres Kindes beide berufstätig sein wollen oder ob einer von ihnen zu Hause beim Kind bleibt.

Viele europäische Länder stehen bei der Zahl der Plätze für die Kleinkinderbetreuung wesentlich besser da als wir Deutsche. Es ist sicher kein Zufall, dass in vielen dieser Länder mehr Kinder pro Frau geboren werden als hierzulande.

Aus all diesen Gründen müssen wir die Zahl der Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder drastisch ausbauen. Das angestrebte Ziel einer Verdreifachung der Krippenplätze auf 750.000 ist hohe Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden wert. Allerdings dürfen die sehr unterschiedlichen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet nicht über einen Kamm geschoren werden. Die bundesweit für 2013 angestrebte Zielmarke von 35 Prozent darf nicht heißen, dass die Verhältnisse in einer Großstadt mit denen in einem Dorf mit seinem oft noch vorhandenen, funktionierenden sozialen Netz per Gesetz gleichgestellt werden.

„Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes“, heißt es in Artikel 125 der Bayerischen Verfassung. Tun wir alles dafür, damit dieser wunderbare Programmsatz besser als zur Zeit in den Alltag umgesetzt wird!

Gerhard Weber

Mehr Krippenplätze - ja bitte!

Beispiel auch die Wirtschaft erkennt, dass ihr mittel- und langfristig die dringend benötigten Arbeitskräfte ausgehen werden. Schon beim derzeitigen Konjunkturaufschwung klagen manche Branchen über einen Mangel an Fachkräften. Wie dramatisch müsste dann erst die Situation in einigen Jahren und Jahrzehnten sein, wenn die Zahl der Kinder in unserem Land immer weiter zurückgehen würde?

Auf die Frage, ob und wenn ja für wie viele Kinder sich junge Paare entscheiden, gibt es viele mögliche Antworten. Ein sehr wichtiges Thema, das sich möglichen jungen Eltern mit Sicherheit stellt, ist dasjenige nach der Betreuung ihres Nachwuchses. Wer die Augen davor verschließt, dass viele junge Familien, aber noch mehr Alleinerziehende schon relativ bald nach der Geburt eines Kindes auf regelmäßige Arbeitseinkommen beider Elternteile angewiesen sind, nimmt die Wirklichkeit unserer Tage nicht zur Kenntnis.

Außerdem wollen viele moderne Frauen nach oft jahrelanger Ausbildung auch mit einem Kind alsbald wieder in das Berufsleben zurückkehren. Derzeit kehren 40 Prozent der jungen Mütter

Bürgerkommune zu unterstützen sowie Beteiligungsprozesse weiter zu entwickeln. Für die SDL bedeute dies u. a. die Weiterentwicklung der verschiedenen Netzwerke, ein gutes Netzwerk-Management sowie die Sicherstellung eines Wissenstransfers über verschiedene Veranstaltungen und Informationskanäle.

Kommunikations- und Handlungskultur

Dr. Otto Hünnerkopf, MdL, Leiter der Arbeitsgruppe Aktive Bürgergesellschaft und Ehrenamt der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, meinte schließlich, dass mit Blick auf die verantwortliche Gemeinschaft globale Entwicklungen ihre Entsprechung im Regionalen finden müssen. Die auf europäischer Ebene organisierte Deregulierung müsse ebenso im lokalen Kontext angewandt werden. Die Suche nach dem Verbindenden mit Respekt vor der Eigenständigkeit sei neu zwischen Gemeinden und Kommunen einzustudieren. Das gleiche gelte für die Kommunikations- und Handlungskultur innerhalb der Gemeinden. Nur wer die vorhandenen Kräfte zu wecken und zu mobilisieren verstehe statt Kompetenzen und Machtbereiche abzugrenzen, werde langfristig Erfolg haben.

Bürgerarbeitskreise

Schlüsselfiguren dieser Veränderungsprozesse seien vor allem die politischen Verantwortungsträger, die ihre Einstellung hin zu einem „gesunden Sportsgeist“ ändern müssten. Besonders im kommunalen Wahlkampf hemme ein Mangel an Wettbewerb besserer Ideen und Bloßstellung des Gegners eine Mitarbeit und Leistungsbereitschaft der Mitbürger. Nur in einem positiven Klima könne vorhandenes Wis-

Sportpolitik in den Kommunen

Sportausschuss des Bayerischen Städtetags tagte in Landshut
Der halbjährlich stattfindende Sportausschuss des Bayerischen Städtetags tagte vor kurzem in Landshut. Oberbürgermeister Hans Rampf konnte im Alten Plenarsaal des Rathauses unter anderem den Chamer Bürgermeister und Vorsitzenden des Sportausschusses, Leopold Hackenspiel, die Vizepräsidentin des Bayerischen Landessportverbands, Lydia Sigl, den Ministerialrat des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Martin Grillberger sowie den Leiter der Abteilung Sponsoring und Eventmarketing des FC Bayern München, Andreas Jung, willkommen heißen.

Ein Schwerpunkt der Tagung war ein Blick hinter die Kulissen des Münchner Spitzenvereins FC Bayern. Andreas Jung vermittelte dem Ausschuss einen Einblick darüber, welche

sen und bestehende Erfahrung in Bürgerarbeitskreisen auch aktiviert werden. Ein geschickter Bürgermeister oder Gemeinderat schätze das Selbstbewusstsein und die Eigenverantwortung von aktiven Bürgergruppen, auch wenn der Entscheidungsprozess dadurch erschwert wird. Dieser Ansatz beuge Politikverdrossenheit vor und mache die Entscheidung langfristig tragbarer. Hierfür gebe es inzwischen zahlreiche Beispiele, die vor allem aus Dorferneuerungsverfahren erwachsen sind.

Kooperative Nachbarn

Hünnerkopf: „Dem partnerschaftlichen Miteinander innerhalb der Gemeinde entspricht ein kooperatives Verhalten benachbarter Gemeinden. Kommunen, die es verstanden haben ihre Aktivitäten einzubinden in ein regionales Netzwerk sind oft diejenigen, die damit überregionale Anerkennung und Bedeutung gewonnen haben. Nur so wurden ihre Ressourcen auch optimal genutzt. Dazu muss das oft tief sitzende Konkurrenzdenken konsequent aufgegeben werden.“ DK

Bedeutung heute die Bereiche Sponsoring und Eventmarketing in einem Profi-Fußballverein haben und wie diese Bereiche gemanagt werden. Zudem wurde auf die Verpflichtungserklärungen der Städte bei der Ausstrahlung von DFB-Länderspielen eingegangen.

Entwicklungsplanung

Neben der Staatlichen Sportförderung und einem Bericht über den Stand der Sport-Entwicklungsplanung in verschiedenen Städten besprachen die Sitzungsmitglieder die Sportförderung und die Sportpolitik in den Kommunen sowie die steuerliche Verbesserung für Übungsleiter und ehrenamtliche Mitarbeiter in Vereinen.

Weitere Punkte auf der Tagesordnung waren unter anderem die Sanierung kommunaler Sportanlagen, Überlegungen zur Gründung einer Sportstätten-Beratungsstelle für Bayern, die Bayerische Landesverordnung über Badeanstalten und der Stand der Rechtsentwicklung der Sport-Lärm-Verordnung.

Rathauschef Rampf betonte, dass er sich über den Aufenthalt des Sportausschusses in der Sportstadt Landshut freue. Damit dieser den Tag in guter Erinnerung behalte, überreichte ihm Vorsitzender Hackenspiel eine Silbermünze. DK

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

seinerseits, dass ein Über-/Unterordnungsverhältnis zwischen Städten als „Leuchttürmen“ und einem ländlichen Raum, dessen Wertigkeit lediglich von den städtischen Funktionen abgeleitet wird, nicht existiere. Der ländliche Raum in Bayern wolle sich nicht auf ein „Vorrangprinzip“ im Landesentwicklungsprogramm (LEP) verlassen. Gefordert würden die Anerkennung und Einräumung gleichwertiger Aussichten und Entwicklungsmöglichkeiten. Busse: „Nicht die Starken müssen gestärkt werden, sondern die Stärken in Stadt und Land.“

Teamfähigkeit zwischen Staat und Kommunen

Die neuen Technologien insbesondere auf dem Kommunikationssektor böten erhebliche Chancen auch und gerade für den ländlichen Raum, da die räumliche Lage eines Standorts in Zukunft nicht mehr allein entscheidend sein wird, fuhr Busse fort. Das neue Leitbild für die Zukunft müsse eine stärkere Team-

dann muss dies folgerichtig auch Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen ländlichem Raum und Stadt haben“, bemerkte Passaus Landrat Hanns Dorfner. Natürlich seien Zentren wichtig und unentbehrlich. Sie würden auch weiterhin wachsen und könnten sich gut und gerne alleine durchsetzen. Der ländliche Raum bedürfe jedoch der „unbedingten Unterstützung einer gerechten und ausgewogenen Politik“, die mehr als bisher den Schwachen helfen und nicht zu sehr die Starken noch mehr unterstützen muss. Entscheidend sei ein gut funktionierendes Zusammenwirken des ländlichen Raumes mit den Ballungsräumen, immer mit dem Ziel einer gleichberechtigten Partnerschaft. Dann stelle der ländliche Raum auch Heimat mit Zukunft dar, betonte Dorfner.

Mobilität der modernen Welt

Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl erklärte, die räumliche, soziale und geistige Mobilität der modernen Welt habe

Deutscher Kinderpreis:

Kinderfreundliche Kommune gesucht

Unter dem Motto „Man muss nicht groß sein, um etwas Großes zu schaffen“ zeichnet der Deutsche Kinderpreis Kinder, Organisationen, Initiativen, Projekte, Verbände und Einzelpersonen aus, die sich für Kinder in Deutschland und in der Welt einsetzen. Die Initiative wurde im Januar 2007 von World Vision in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und den Partnern Deutsches Kinderhilfswerk (DKHW) und dem Rundfunkbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ins Leben gerufen.

Bis zum 16. Juni 2007 können sich auch Städte, Landkreise und Gemeinden mit ihren Projekten bewerben.

Die Kinderstadt

Diese Kategorie soll eine Kommune auszeichnen, die möglichst viele Verantwortungsträger zusammen bringt, um sich in herausragender Weise für die Belange „ihrer“ Kinder und Jugendlichen einzusetzen.

Unterstützt wird der bundesweite Wettbewerb sowohl von Experten für Kinderpolitik und Kinderforschung als auch von Prominenten. Wayne Carpendale engagierte sich als Kinderpreis-Botschafter; Claudine Wilde, Sophie Schütt, Dirk Bach, Birgit Schrowange und Andrea Sawatzki unterstützen als Paten die verschiedenen Preis-Kategorien.

Informationen: www.deutscherkinderpreis.de. □

Zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer:

Ein Leben für die Kommunalforschung

Wenn Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer am 3. Mai seinen 70. Geburtstag feiert, dann kann er gleichzeitig auf knapp 30 Jahre effiziente Kommunalforschung für die Praxis verweisen. 1978 gründete der gebürtige Westfale das Kommunalwissenschaftliche Forschungszentrum Würzburg und wurde dessen Vorstand. Zuvor war der anerkannte Jurist nach einer kurzen Tätigkeit im Bundeskanzleramt Vorstand eines neu geschaffenen Instituts für Verwaltungsverrecht an der Würzburger Julius-Maximilians-Universität.

Als Herausgeber der „Schriften zur öffentlichen Verwaltung“ sowie der Schriftenreihen „Kommunalforschung für die Praxis“ und „Kommunalrecht - Kommunalverwaltung“ - derzeit 42 Bände - ferner der 4-bändigen „Entscheidungen zum Kommunalrecht - EzKommR“ hat sich Knemeyer bleibende Meriten erworben. Ausdruck seines herausragenden Schaffens sind u. a. die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande (1984), des Bundesverdienstkreuzes I. Klasse (1996), des Bayerischen Verdienstordens (2000) und der Kommunalen Verdienstmedaille in Gold (2004).

Preuße in Bayern

Rückblickend betont Knemeyer, dass es 1977 „nicht allein die vollkommene Eingemeindung eines Preußen in Bayern“ gewesen sei, die ihn dazu bewegen habe, einen Ruf an eine Universität in Baden-Württemberg auszusprechen; „es war auch und gerade die übereinstimmende Aufforderung der Bayerischen Kommunalen Spitzenverbände, einen kommunalwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkt in Bayern zu begründen“. Stets sei er bemüht gewesen, die Positionen der Spitzenverbände im Interesse einer wirkungsvollen

CSU-Landtagsfraktion in ...

(Fortsetzung von Seite 1) stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete für den Stimmkreis Weilheim-Schongau, brachte die Initiativen der Fraktion in der frühkindlichen Bildung und Förderung zur Sprache. Wenn in der Phase bis zum dritten Lebensjahr Defizite entstehen, könnte dies im späteren schulischen und persönlichen Leben zu großen Problemen führen, so Dodell. Generell war die bessere Förderung der Kinder im Vorschul- und Schulalter den Landes- wie auch den Kommunalpolitikern ein großes Anliegen.

Schulische Angebote

Gemeinsam mit Kultusminister Siegfried Schneider besuchte die Fraktionspitze das Gymnasium Weilheim, das mit mehr als 1.600 Schülerinnen und Schülern eines der größten Gymnasien in Bayern ist. Schulleiter Herrmann Summer stellte die vielfältigen Aktivitäten der Schule vor. 400 aktive junge Musiker und das Vorzeigeprojekt „Leseerziehung“ seien die Aushängeschilder der Schule. Lehrer, Eltern und Vertreter der Schülermitverwaltung gingen auch auf die besonderen Probleme einer Einrichtung dieser Größenordnung ein: So müssten mehr Schulsozialarbeiter eingestellt werden, damit etwa die Beratungsangebote im Suchtbereich erweitert werden können. Schneider und Herrmann würdigten die vielfältigen Angebote der Schule gleichermaßen. „Die Welt lebt von Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht“, lobte der bayerische Kultusminister, das Gymnasium Weilheim sei dafür das beste Beispiel.

Neben dem Besuch des Buchheim-Museums, einer Besichtigung

kommunalen Selbstverwaltung zu versöhnen. Da die eigene Autonomie allen Spitzenverbänden ein wichtiges Anliegen gewesen sei, „blieb nur die Möglichkeit, die Kommunalforschung für die Praxis über einen privaten, individuellen Förderverein auf ein finanziell tragfähiges Fundament zu stellen“.

Export der süddeutschen Kommunalverfassung

„Habe ich bei den kommunalen Gebietsreformen begonnen, so war später eines meiner besonderen Anliegen der Export der süddeutschen Kommunalverfassung“, betont der Jubilar. „Wie ein Wanderprediger“ habe er die Vorteile einer Rat-Bürgermeister-Verfassung unter einer Spitze jenseits der weiß-blauen Grenzen vorgestellt und für die Ablösung des Norddeutschen Systems geworben, das er aus der Praxis selbst gekannt habe. Ein wenig habe er dadurch wohl zum Siegeszug der süddeutschen Kommunalverfassung beitragen können, die jetzt - mit Ausnahme Hessens - flächendeckend gilt.

Freilich, so räumt der Professor ein, sei es immer noch nicht gelungen, alle Länder zu überzeugen, „dass der Bürgermeister nicht nur Chef der Verwaltung, sondern auch Vorsitzender des

Rate der Firma Roche Diagnostics als größtem Arbeitgeber in der Region rundete ein Gespräch mit dem CSU-Bezirksvorstand in Murnau die Informationsfahrt ab. CSU-Bezirksvorsitzender und Landtagspräsident Alois Glück wies auf die differenzierte Entwicklung in Oberbayern hin. „Wir dürfen nicht immer nur die Boomregion im Großraum München sehen“, so Glück. Besonders im Grenzbereich zu Österreich sei die Situation schwierig. Ein Beispiel hierfür sei der Investitionsstau im Tourismus. Dies bestätigte auch Klaus Stöttner, tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion. Er wies auf die dringenden Erneuerungen bei den Bergbahnen und die zum Teil veralteten Strukturen im touristischen Angebot hin. Als vordringlich für die weitere Entwicklung der gesamten Region forderte Renate Dodell den teilweise zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke München - Mittenwald, sowohl für Pendler als auch für den Fremdenverkehr.

Umweltzentrum im Kloster

Sehr beeindruckt waren die Abgeordneten der CSU-Landtagsfraktion auch vom Zentrum für Umwelt und Kultur (ZUK) im Kloster Benediktbeuern. „Wir schätzen die Pflege der kulturellen Wurzeln in Verbindung mit Naturschutz in innovativer Form, die in Benediktbeuern praktiziert wird, außerordentlich“ betonte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Das drückte sich auch in der finanziellen Unterstützung aus, die der Freistaat dem Kloster für das ZUK gewährt. Als überaus wertvoll beurteilten die CSU-Politiker die pädagogische Arbeit für junge Menschen im Umweltzentrum.

Rates sein sollte“. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen Anhalt und Schleswig-Holstein habe man wohl immer noch Angst vor dem übermächtigen Bürgermeister. In Niedersachsen habe das Parlament die Frage nach einer oder zwei Spitzen der jeweiligen Gemeinde selbst überlassen.

„Neben der besonderen Stellung des Bürgermeisters in unserem System gemischter Demokratie“ haben Fragen kommunaler Zusammenarbeit und des kommunalen Wirtschaftsrechts - z. B. der Wandel der Gemeinden vom Hoheitsbetrieb zum Dienstleister in einer neuen Bürgergesellschaft - Knemeyer immer besonders fasziniert. Jedoch habe auch die erfolgreiche Verstärkung kommunaler Partizipation den Vertrauensverlust in die Politik - auch die örtliche Politik - nicht wirklich stoppen oder gar umkehren können, erklärt er. Geopart mit gewachsenem Selbstbewusstsein poche der Bürger immer mehr auf seine demokratischen Rechte - „freilich ohne sich immer der damit verbundenen Pflichten bewusst zu sein und diese auch zu akzeptieren“.

Ohnehin bestimmten - ausgehend von Brüssel - heute mehr und mehr Transparenzgesetze das Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung, fährt Knemeyer fort. Dieser neuen Tendenz entsprechen auch die Informationsfreiheitsgesetze, „freilich bezogen auf die Wahrnehmung eigener Interessen des Bürgers und nicht bezogen auf seine demokratischen Mitwirkungsrechte“.

Anspruch auf Öffentlichkeit könne aber nur dann bestehen, wenn er zur Wahrnehmung eigener Rechte erforderlich ist und wenn er (so die neuen Transparenzgesetze, die vor allem der Bekämpfung auch der Korruption dienen) die Grenzen der Rechte anderer berücksichtigt. Damit gelte es, vor jedem Akteneinsichtsverlangen des Bürgers diese Aspekte zu überprüfen - siehe Datenschutz etc.

Umfassende Information

Literatur und Rechtsprechung hätten diesen Trend aufgegriffen und neben der Anspruchsseite auch die Pflichtenseite betont. Der Bürger in einer demokratischen Gesellschaft habe nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten - Pflichten zur Mitwirkung in seinem Gemeinwesen zur Förderung des allgemeinen Wohls. Unter diesem partizipativen demokratischen Aspekt wird Knemeyer zufolge betont und herausgearbeitet, dass möglichst umfassende rechtzeitige Information die Basis für eine wirksame bürgerschaftliche Mitwirkung darstellt. „Good governance“ heißt das Zauberwort.

„Der aktive Kommunalpolitiker braucht ob eines derartigen Systems der Öffnung und der Mitgestaltung durch den Bürger um seine Position nicht zu fürchten“, meint der Professor und fügt hinzu: „Zu einer Erosion kommunaler Entscheidungsmacht wird eine harmonische, weiterentwickelte gemischt örtliche Demokratie nicht führen.“ Freilich seien die vom Bürger gewählten Repräsentanten nicht nur gehalten, sondern auch verpflichtet, „ihr Rollenverständnis zu überdenken und der neuen, dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip entsprechenden Situation anzupassen“.

Das gläserne Amt, das gläserne Rathaus oder auch der gläserne Bürgermeister stellten in der augenblicklichen Diskussion

noch gewisse Schreckgespenster dar, doch werde der bayerische Bürgermeister damit umzugehen verstehen, ist Knemeyer überzeugt. Der Bürgermeister dürfe sich ruhig in der Sonne der Bürgerdemokratie bräunen lassen, sollte sich aber gegen Sonnenbrand schützen. „Schließlich braucht er keine Angst vor der Durchleuchtung zu haben, wenn er das ‚Bürgermeistern‘ wirklich versteht!“

Aktive Öffentlichkeitsarbeit

In diesem Zusammenhang verweist der Wissenschaftler darauf, dass gegen gewachsenes Informationsbedürfnis es seiner Erfahrung nach nur hilft, selbst in die Offensive zu gehen - „zu zeigen, was getan und warum es (nicht) getan wird“. Dabei sei freilich der schwierige Spagat zwischen Offenlegung und Geheimhaltung zu vollziehen. Aktive Öffentlichkeitsarbeit belebe die politische Kultur und gestatte auch dem Bürger, Erfolge in Bezug auf die nächste Wahl, auf die Wiederwahl, zu bilanzieren. Sie erlaube es auch - richtig betrieben - „sich nicht von der politischen anderen Seite die Butter vom Brot nehmen zu lassen“.

„Es ist der Bürgermeister, der Art, Zeit und Ort der Offenlegung zu bestimmen hat“, macht Knemeyer abschließend deutlich. Informationen durch Einzelpersonen aus der Verwaltung oder durch Ämter seien nur im Einverständnis mit ihm zu erteilen und darum sei es sicherlich nicht verfehlt, gerade diese Bereiche durch einen Informationscodex oder ähnliches festzulegen. Gleiches gelte im Übrigen für die Mitglieder des Rates. DK

Bayerische Interessen ...

(Fortsetzung von Seite 1) den wichtigen Donausausbau zu beantragen. Auch für den Bau der Transrapidstrecke zum Münchner Flughafen sagten die Europaabgeordneten ihre Unterstützung zu. Auch hierfür sollen Mittel aus dem europäischen Haushalt bereitgestellt werden.

„Insbesondere der Ausbau der zwei wichtigen Schienenverbindungen Berlin-Verona und Paris-München-Budapest ist unser besonderes Anliegen“, betonte der Vorsitzende der CSU-Europa-Gruppe Markus Ferber. Auch hier sei der Bundesverkehrsminister besonders gefordert, Mittel für den Ausbau zur Verfügung zu stellen, waren sich Ferber und Huber einig.

Verbrechensbekämpfung

Weiterer Schwerpunkt der Beratungen war ein Gespräch mit dem bayerischen Innenminister Dr. Günther Beckstein. Insbesondere die Einhaltung der strengen Standards beim Außengrenzschutz vor einer Öffnung der Grenzen in Richtung tschechische Republik und Fragen der Gesetzgebung im Bereich der Innenpolitik standen im Mittelpunkt des Gesprächs. Beckstein betonte, dass gerade für eine wirksame Verbrechensbekämpfung der Abbau von Grenzkontrollen nur erfolgen dürfe, wenn entsprechende Ausgleichsmaßnahmen erfolgreich eingesetzt werden können. „Gerade die Schleierfahndung hat sich als ein wirksames Instrument bewährt“, waren sich Ferber und Beckstein einig.

Schließlich wurde auch die Einhaltung von datenschutzrechtlichen Vorgaben auf europäischer Ebene diskutiert. „Während wir in Deutschland einen äußerst restriktiven Datenschutz haben, ist auf europäischer Ebene eine eher zu laxen Auffassung zu diesem Thema zu beobachten“, erklärte Ferber. □

Kultur-Thesen für die Weltstadt mit Herz

Wie die Landeshauptstadt München, die „Weltstadt mit Herz“, anziehend auf kulturell interessierte Bevölkerungsschichten wirken kann, machte Schmid anhand von acht Thesen deutlich:

1. Kein ideologischer Rucksack, sprich keine Parteibuchbesetzungen.
2. Die Kulturpolitik ist die letzte Domäne völlig freier Politik der jeweiligen Stadt. Die Stadt muss diese Freiheit an die Kulturschaffenden selbst weitergeben. Fördern heißt das Zauberwort, nicht verwalten; Appetit machen, Lust wecken.
3. Weltstadt braucht Weltkultur: Allerdings darf Weltkultur nicht zur Hauptsache werden, sonst droht Gesichtlosigkeit.
4. Die eigene Qualität einer Kulturstadt wird an der örtlichen Kulturszene gemessen. Es gilt, die eigenen Künstler und Kulturschaffenden zu fördern und zu unterstützen.
5. Kultur muss vielfältig sein - eine Kulturstadt braucht ein polyphones Konzert. Keine trennenden Wertungen zwischen Hochkultur, Volkskultur und Laienkultur.
6. Eine Kulturstadt muss über sich selbst hinaus blicken: Wichtig ist deshalb ein Kulturaustausch mit dem Ausland.
7. Eine Kulturstadt muss mit ihrer Kultur auch im Bereich des Fremdenverkehrs werben. Also: Nicht nur Oktoberfest und Bier, Föhnhimmel und Bergnähe!
8. Der Dialog zwischen Freistaat und Landeshauptstadt ist eine willkommene große Bereicherung. Anhand von Synergien gilt es, die kulturelle Bedeutung Münchens zu erhöhen. DK

Glänzende Kultur ...

(Fortsetzung von Seite 1) Musik, Denkmal- und Heimatpflege“.

Dass der Staat die Kommunen dabei nach Kräften unterstützt, zeigten folgende Beispiele: Die Städtischen Bühnen Nürnbergs wurden zum Staatstheater und die Bamberger Symphoniker zur Staatsphilharmonie. Der Freistaat wende für das Würzburger Mainfranken-Theater Jahr für Jahr erhebliche Mittel auf, um einen hochwertigen Spielbetrieb sicherzustellen. Im Staatshaushalt wurden in diesem Jahr zusätzliche Mittel für Sing- und Musikschulen von über 500.000 Euro bereitgestellt. Dies diene dem kulturellen Leben im ganzen Land. 45 erste Preise beim letztjährigen Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ für Teilnehmer aus ganz Bayern zeigten „die Breite und Vielfalt der Begabungen, die wir so noch besser fördern wollen“.

Neue Initiativen in allen Landesteilen

Goppel verwies darauf, „dass es uns auch außerordentlich wichtig ist, neue kulturelle Initiativen in allen Landesteilen mit anzuschließen“. Das wichtigste Mittel dabei sei der Kulturfonds Bayern, der aus Privatisierungserlösen eingerichtet wurde. Die Zinserträge von rund 10 Mio. Euro pro Jahr machten es möglich, eine Vielzahl von Projekten und Initiativen in allen Regionen zu fördern. Die Fülle der eingehenden Anträge beweise, dass der Kulturfonds von den Kulturschaffenden im ganzen Land gut angenommen wird.

Erfolgreiche Förderanträge

Jedes Jahr könnte der Freistaat zwischen 100 und 150 Maßnahmen in ganz Bayern fördern, bemerkte Goppel. Erfreulich sei dabei, dass die Erfolgsquote bei den Förderanträgen bei etwa zwei Dritteln liege! Dies beweist Goppel zufolge, „dass die überwiegende Zahl der künstlerischen Ideen so gut ist, dass sie eine Unterstützung verdienen“. Außerdem zeigt es: „Wir haben für diese Projektförderung auch die nötigen Mittel angespart! Es lohnt sich also, sich zu bewerben!“

Durch den Kulturfonds konnten in den vergangenen Jahren einige bedeutende Großprojekte

realisiert werden, so etwa der Start des Kulturspeichers Würzburg, die Renovierung des Schaetzler-Palais und die Neueinrichtung der Deutschen Barockgalerie in Augsburg.

Viele kleine Initiativen

Daneben wurden aber auch viele kleinere Initiativen Wirklichkeit: im letzten Jahr der Start des Kinder- und Jugendmuseums München; die vielbeachtete Ausstellung „Die Wüste“ in Rosenheim; daneben viele weitere Ausstellungen, Symposien, Lesungen, Konzerte und andere Kunstprojekte. Goppel: „Das kulturelle Leben in Bayern blüht, weil sich überall Talente finden - und weil Staat und Kommunen sie sich entwickeln lassen.“

Kulturportal Bayern

Mit dem „Kulturportal Bayern“ sei die gute Partnerschaft zwischen Staat und Kommunen auch im Internet allgegenwärtig. Diese Homepage stellt laut Goppel einen zentralen Ausgangspunkt dar, die bayerische Kulturlandschaft via Internet zu entdecken. Der Staat biete zwar die Plattform, doch lebe das Projekt durch die rege Beteiligung der vielen bayerischen Kommunen. Sie speisen ihre kulturellen Angebote in eine Datenbank ein und sorgen so für Aktualität und Attraktivität des Portals.

Musikschulen

Die Kommunen nehmen ihre Aufgaben um die Kultur sehr ernst und erfüllen sie vorbildlich, wie das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, Johannes Reile und 1. Bürgermeister Rudolf Schupp (Berchtesgaden) prägnant vor Augen führten. Letzterer plädierte dafür, die Musikschulen finanziell stärker zu unterstützen. Josef Schmid, Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion und designierter OB-Kandidat der CSU München, betonte seinerseits, dass Kultur keinen Luxus darstelle, sondern eine Investition in das besondere Wesen einer Stadt sei. Kulturpolitik in der Stadt müsse dafür Sorge tragen, dass sie als Magnet für Kunst- und Wissenschaftsinteressierte wirkt (vgl. Kasten oben). DK

Bayerische Energie- und Klimapolitik:

Rückenwind durch EU

Stoiber: „Moderne Energiepolitik heißt heute vor allem Klimaschutzpolitik“ / Kernenergie weiter unverzichtbar

Bayern erhält durch das neue Energiepaket der Europäischen Kommission Rückenwind für seine Energie- und Klimapolitik. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber betonte, dass Bayern in der Energiepolitik eine Vorreiterrolle in Europa beansprucht. Stoiber hat vor allem die große Bedeutung des Klimaschutzes für eine moderne Energiepolitik herausgestellt. Stoiber: „Moderne Energiepolitik heißt heute vor allem Klimaschutzpolitik. Der Klimawandel und seine Folgen werden für viele Menschen mehr und mehr spürbar. Gerade eine Energiepolitik der Zukunft muss Antworten geben, die die hohe Lebensqualität in einer intakten Umwelt dauerhaft für die Bürger sichert.“

Stoiber begrüßte, dass auch die EU-Kommission künftig verstärkt auf einen klimafreundlichen Energiemix setzen will, zu dem auch die Kernenergie gehöre. Bayern will nach den Worten Stoibers vor allem seine Spitzenposition beim Einsatz klimafreundlicher regenerativer Energien ausbauen und so die gute Klimabilanz des Freistaats weiter verbessern.

Bundesweiter Motor

Stoiber: „Bayern ist bei den immer wichtiger werdenden regenerativen Energien bereits heute Motor in Deutschland. Bei der Stromversorgung haben die erneuerbaren Energien im Freistaat mit 20 Prozent einen fast dreimal so hohen Anteil wie in Deutschland insgesamt. Diesen Weg werden wir künftig konsequent forcieren.“ Die CO₂-Emissionen liegen laut Umweltminister Werner Schnappauf im Freistaat pro Kopf mit 6,8 Tonnen pro Jahr um rund ein Drittel unter dem deutschen Durchschnitt.

Der EU kommt nach den Worten von Europaministerin Emilia

Müller eine ganz wichtige Rolle zu, hohe Klimaschutzstandards international durchzusetzen. Müller: „Wir müssen in Europa in der Energie- und Klimapolitik an einem Strang ziehen und geschlossen auftreten, um ehrgeizige Klimaschutzziele international durchzusetzen. Hier haben wir in den hochentwickelten Industrieländern Europas auch eine besondere Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserer Erde.“

Für mehr Energieeffizienz

Wirtschaftsminister Erwin Huber sprach sich dafür aus, mit einer technologieoffenen, marktwirtschaftlichen Strategie Möglichkeiten der Energieeinsparung zu mobilisieren und die Innovationen für mehr Energieeffizienz in Europa voranzutreiben, vor allem im Verkehrs- und Gebäudebereich, aber auch bei Unternehmen, Produkten und Dienstleistungen. Die Bayerische Staatsregierung befürwortet auch, dass die EU-Kommission im Hinblick auf die Auswirkungen des Luftverkehrs auf das Erdklima auf eine Einbeziehung

des Luftverkehrs in das Emissionshandelssystem der Gemeinschaft setzt. Sowohl Umweltminister Werner Schnappauf als auch Wirtschaftsminister Erwin Huber sehen im Emissionshandel eine ökologisch wirksame und ökonomisch sinnvolle Maßnahme zur Minderung der Klimaaußenwirkungen durch Flugzeuge, die anderen Instrumenten wie etwa Sonderabgaben überlegen ist.

Kooperation forcieren

Huber hat die zentrale Bedeutung einer sicheren, kostengünstigen und klimaverträglichen Energieversorgung für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa hervorgehoben. In den Bereichen Energieaußenpolitik und Versorgungssicherheit, Verbesserung der Energieeffizienz, Ausbau erneuerbarer Energien, europäische Energieforschung und vor allem zur Durchsetzung eines wettbewerbsorientierten Energiebinnenmarktes sei eine bessere Koordinierung und gemeinsames Vorgehen in der EU sinnvoll und geboten.

Huber: „Es wird immer deutlicher, dass eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen nur durch ein gemeinsames Vorgehen der EU erreicht werden kann. Wir brauchen mehr europäische Anstrengungen und Zusammenarbeit gerade auch gegenüber Energielieferländern. Wir stehen international vor großen Herausforderungen: Die

Importabhängigkeit der Europäischen Union wird in den nächsten Jahren massiv ansteigen. Der internationale Wettbewerb um Primärenergieträger hat sich mit dem wirtschaftlichen Boom der Entwicklungs- und Schwellenländer verschärft und wird weiter zunehmen. Die Europäische Union muss sich daher gemeinsam vor allem für eine Verbreiterung des Energiebezugs und den Abschluss eines neuen Rahmenabkommens mit Russland einsetzen.“

Huber kritisierte den bisher unzureichenden Wettbewerb auf den europäischen Strom- und Gasmärkten. Huber: „Um die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken, ist es eine vordringliche Aufgabe der Energieverteuerung entgegenzuwirken. Hier ist mehr Wettbewerb gefordert.“ Huber erklärte, dass vergleichende Untersuchungen in den Mitgliedstaaten gezeigt haben, dass eine günstige Entwicklung der Netzentgelte und diskriminierungsfreier Netzzugang von einer kontinuierlichen, effektiven Regulierung und nicht von den Eigentumsverhältnissen am Netz abhängen.

Wettbewerb intensivieren

Zur Intensivierung des Wettbewerbs sind nach den Worten Hubers mehr Anbieter insbesondere bei der Stromerzeugung, eine bessere Zusammenarbeit der nationalen Regulierungsbehörden, stärkere Energiebörsen und ausreichende grenzüberschreitende Leitungskapazitäten notwendig.

Gleichzeitig betonte Huber, dass die anhaltend hohen Energiepreise, internationale Versorgungsrisiken und die sich verschärfende Klimaproblematik

auch in Deutschland eine sachliche Diskussion über die Perspektiven der Kernenergie dringend notwendig machen. Huber: „Ich freue mich, dass wir auch mit unserer Auffassung zur Kernenergie vollen Rückenwind von der Europäischen Kommission erhalten. Wir brauchen eine Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke, auch um den Klimaschutz nachhaltig voranzutreiben.“

Günstige Kernenergie

Die EU-Kommission hat die Kernenergie in ihrem Energiepaket als eine der größten, günstigsten und versorgungssichersten Quellen CO₂-freier Energie in Europa bezeichnet. Huber: „Eine vorzeitige Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland würde zu Mehremissionen zwischen 100 und 150 Millionen

Tonnen CO₂ pro Jahr und damit einer Emissionszunahme um bis zu 20 Prozent führen.“

Für Laufzeitverlängerung

Die Kernenergie vermeidet derzeit allein in Bayern Jahr für Jahr einen CO₂-Ausstoß von etwa 40 Millionen Tonnen, mehr als die gesamten CO₂-Emissionen des bayerischen Autoverkehrs. Ohne Kernenergie würden die CO₂-Emissionen nicht sinken, sondern bis 2020 wieder ansteigen.“ Gegenüber der Bundesregierung werde sich Bayern nach den Worten Hubers deshalb auch weiterhin für eine Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke einsetzen. Huber: „Ohne Kernenergie drohen gerade Bayern erhebliche Versorgungsrisiken, höhere Strompreise und damit erhebliche Standortnachteile.“ □

„Energie ist Bürgeranliegen“

„Energie ist ein wichtiges Thema für die Menschen in Europa“, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes anlässlich des High Level Workshops „Vollendung des Strom- und Gasbinnenmarkts - im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Versorgungssicherheit“ in Berlin. „Von der Liberalisierung des Energiemarktes, von mehr Wettbewerb und damit niedrigeren Preisen sind Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betroffen.“

„Der europäische Energiemarkt ist nicht transparent und noch zu undurchlässig an den Grenzen. Und auch die Preismechanismen sind nicht effizient. Die EU-Kommission und die deutsche Ratspräsidentschaft sind sich einig, dass die Liberalisierung auf dem Energiemarkt vorangetrieben werden muss. Ziel ist ein integrierter europäischer Energiebinnenmarkt. Wir müssen die richtigen Rahmenbedingungen für neue Investitionen schaffen“, so EU-Wettbewerbskommissarin Kroes.

„Wir haben einen gemeinsamen Markt für Gas und Elektrizität. Jetzt gilt es, einen funktionierenden Binnenmarkt mit fairen Wettbewerbsbedingungen und gleichen Marktchancen für Unternehmen zu schaffen.“ Die EU-Kommission wird noch in diesem Jahr einen Richtlinienvorschlag zum Energiebinnenmarkt vorlegen. Kroes sprach von einem ehrgeizigen Fahrplan, da Ministerrat und Europäisches Parlament zustimmen müssen. Die Umsetzung könne innerhalb von weniger als drei Jahren erfolgen. □

Was wäre ein Sender ohne Empfänger?

Was wäre das Alphabet ohne Buchstaben?

Vernetzt entsteht Kommunikation.



Weil im Thüga-Netzwerk 120 Partner in ständigem Kontakt stehen, lernen sie voneinander. Sie unterstützen sich z. B. bei technischen Fragen in den Bereichen Gas, Strom, Wasser und Wärme. Das Thüga-Netzwerk macht somit neueste Erkenntnisse für alle Partner zugänglich. Und garantiert gleichzeitig ihre Unabhängigkeit und regionale Nähe. Interessiert? Mehr Informationen erhalten Sie unter www.thuega.de

Zweiter Upstream-Erfolg der Bayerngas

Bayerngas erwirbt Anteile am Erdgasfund Sigrid

Die Bayerngas GmbH, München, hat über ihre Tochter Bayerngas Norge AS, Oslo, 30 % an der Lizenz PL263/B erworben. Die Lizenz enthält den Gasfund Sigrid sowie zusätzliche Explorationsprospekte innerhalb dieses geografischen Gebiets. Sigrid ist mit einer Explorationsbohrung nachgewiesen und liegt bei einer Wassertiefe von ca. 350 m in einer Tiefe von ca. 3500 m.

Die Produktionsaufnahme hängt von den weiteren Explorationsmaßnahmen ab, mit denen die umliegenden Strukturen geprüft werden sollen. Nach derzeitigem Planungsstand könnte die Gasförderung 2011 beginnen. Das Geschäft steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die norwegischen Behörden.

Erschließungspotenzial

Der Fund Sigrid liegt in der Norwegischen See ca. 150 Kilometer nördlich von Trondheim am Südwestrand der ergiebigen Erdgasprovinz Haltenbanken, die weiteres Erschließungspotenzial birgt. Die Aufbereitung und der Weitertransport des Erdgases und Kondensats wird über die bestehende Infrastruktur der Felder

Asgard/Midgard erfolgen, die sich in nur fünf Kilometer Entfernung befinden. Dabei werden die Felder über so genannte Subsea Completions, Unterwasseranlagen, und unterseeische Pipelines verbunden.

Portfolio-Aufbau

Der Erwerb der Anteile an der Lizenz PL263/B ist nach dem Kauf von Anteilen an dem Gasfund Vega South (Fram B) bereits der zweite Upstream-Erfolg der Bayerngas. Ziel der Bayerngas ist, den eigenen Beitrag zur Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu erhöhen. „Mit dem Erwerb der Anteile am Erdgasfund Sigrid demonstrieren wir erfolgreich unsere Strategie, neben dem Bezug über Importeure und Produzenten eine Produktion aus eigenen Gasquellen bis zu

einem Anteil von 15 % unseres Gesamt-Beschaffungsvolumens aufzubauen. Um dabei die grundsätzlich mit Upstream-Projekten verbundenen Risiken zu minimieren, bauen wir ein Portfolio aus Feldbeteiligungen und Beteiligungen an Explorationsprojekten auf. Damit schaffen wir eine Ausgewogenheit zwischen Chancen und Risiken, die für einen nachhaltigen Erfolg unabdingbar ist“, betont Dr. Ulrich Mössner, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH.

Mehr Spielraum

Mössner weiter: „Erneut stellen wir damit unter Beweis, wie schlagkräftig eine Beschaffungskoooperation auf kommunaler Ebene sein kann. Als Beschaffungsplattform eröffnen wir unseren Gesellschaftern und Kunden auch den Zugang zum Fördergeschäft, bündeln und minimieren Risiken und tragen dazu bei, dass unsere Partner im zunehmenden Wettbewerb mehr Handlungsspielraum erhalten.“ □

Erdgasfahrzeuge liegen im Trend

Jährlicher Zuwachs um 40 Prozent

Die Zahl der Erdgasfahrzeuge steigt seit Jahren kontinuierlich um etwa 40 Prozent pro Jahr. Sie liegen damit bei Verbrauchern im Trend, aber auch Unternehmen setzen auf die umweltschonende Antriebsalternative. Dies belegen die offiziellen Zulassungszahlen, die das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) nun für das vergangene Jahr vorgelegt hat.

Demnach ist der Gesamtbestand von 38.933 Erdgasfahrzeugen Anfang 2006 auf 54.772 Fahrzeuge zum 1.1.2007 gestiegen. Darunter waren 42.765 Pkw, 10.124 Lkw und 1.423 Busse.

Mit knapp 4.000 Neuzulassungen im Jahr 2006 ist Nordrhein-Westfalen Spitzenreiter. Hier sind mit 11.824 Erdgasfahrzeugen auch die meisten Autos mit dem umweltschonenden Antrieb zugelassen. Die höchste prozentuale Steigerung der Zulassungszahlen ergab sich mit knapp 50 Prozent in Niedersachsen. Dort fährt jeder 150ste neue Pkw bereits mit Erdgas. Der Löwenanteil des deutschen Fahrzeugbestandes kommt nach Angaben des KBA aus Rüsselsheim. Den 19.431 zugelassenen Erdgasfahrzeugen von Opel folgen 12.058 von Fiat und 10.584 aus dem Haus Volkswagen.

Steigende Zulassungszahlen

Für die Zukunft rechnet die Branche mit weiter steigenden Zulassungszahlen. Dafür machen die Experten zwei Faktoren verantwortlich: Das hohe CO₂-Einsparungspotenzial durch die Beimischung von BioErdgas zum Kraftstoff Erdgas sowie die Entwicklung von Turbomotoren für Erdgasfahrzeuge. Insbesondere die gegenüber herkömmlichen Antrieben reduzierten Schadstoffemissionen machen Erdgasfahrzeuge für umweltbewusste Autofahrer zu einer interessanten Alternative.

Gravierende Vorteile

„Der Erdgasantrieb weist sowohl bei den CO₂-Emissionen als auch den lokal wirksamen Schadstoffen wie Feinstaub und Stickoxiden gravierende Vorteile auf“, erläutert Albert Kobbe vom Trägerkreis Erdgasfahrzeuge. Die monovalenten Erdgasfahrzeuge, die 2006 zugelassen wurden, haben einen durchschnittlichen CO₂-Ausstoß von 146 g/km und sind damit sehr nahe an dem Zielwert der deutschen

Autoindustrie von 140 g/km. Kleine Erdgasfahrzeuge, wie der Fiat Panda Natural Power, liegen klar unter diesem Wert. Dass geringer Schadstoffausstoß und Fahrdynamik sich nicht ausschließen müssen, zeigen die in der Entwicklung befindlichen Erdgas-Turbomotoren.

Neue Maßstäbe

Ein VW Touran TSICNG verbraucht trotz doppelter Aufladung nur 5,2 Kilogramm Erdgas, was einen CO₂-Ausstoß von weniger als 140 g/km ergibt. Das

E.ON Bayern:

Senkung des Erdgaspreises zum 1. Mai um 7 Prozent

Zum 1. Mai 2007 senkt E.ON Bayern die Erdgaspreise für Haushaltskunden um sieben Prozent. Damit profitieren die E.ON Bayern-Haushalts- und Kleingewerbekunden zum zweiten Mal in diesem Jahr von sinkenden Erdgaspreisen. Die Arbeitspreise sinken zum 1. Mai 2007 um 0,48 Cent pro Kilowattstunde brutto.

Zum Jahreswechsel sind - trotz Erhöhung der Mehrwertsteuer - die Preise bereits um 0,14 Cent pro Kilowattstunde brutto gesunken. Für einen durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt mit einem jährlichen Verbrauch von 30.000 kWh bedeutet die neuerliche Preissenkung eine weitere Ersparnis von über 140 Euro brutto im Jahr.

Koppelung an Ölpreis

Der Gaspreis ist mit zeitlicher Verzögerung an den Ölpreis gekoppelt. Da die Entspannung bei den Ölpreisen in den letzten Monaten angehalten hat, sinken nun auch die Gaspreise. Mit dem Produkt E.ON Erdgas speziell haben sich viele Kunden im Oktober letzten Jahres für eine Preisgarantie entschieden. Selbstverständlich profitieren auch diese Kunden von der Preissenkung zum 1. Mai in der Weise, dass E.ON Bayern auf

setzt für eine Mittelklasse-Limousine neue Maßstäbe. Werden Erdgasfahrzeuge mit regenerativ erzeugtem BioErdgas betrieben, lässt sich der CO₂-Ausstoß noch weiter reduzieren. Die deutsche Gaswirtschaft hat sich verpflichtet, dem Kraftstoff Erdgas bis 2020 bis zu 20 Prozent BioErdgas beizumischen. Das entspricht einer CO₂-Reduktion von rund 15 Prozent, da das BioErdgas nahezu klimaneutral ist. Ein Opel Zafira 1.6 CNG, der heute mit Erdgas als Kraftstoff einen CO₂-Ausstoß von 138 g/km hat, hätte mit einer Beimischung von 20 Prozent BioErdgas einen CO₂-Ausstoß von 120 g/km. Würden Erdgasfahrzeuge reines BioErdgas tanken, wären sie sogar fast CO₂-neutral.

Weitere Infos unter www.erdgasfahrzeuge.de □

die mit dem Stabilitätsprodukt verbundene Einmalzahlung von 20 Euro verzichtet.

Moderate Preisgestaltung

„Wir haben uns das Ziel gesetzt, uns durch eine moderate und faire Preisgestaltung im Feld der günstigeren Energieversorger zu etablieren“, erklärte Dr. Stefan Vogg, Vertriebsvorstand bei E.ON Bayern. „Diese Position haben wir seit längerem erreicht und mit der neuerlichen Preissenkung bei Erdgas weiter gefestigt.“ Das Gleiche gelte auch für Strom. Im direkten Vergleich der Grundversorgungstarife von über 800 Stromanbietern in Deutschland zählt E.ON Bayern laut Stromvergleichsplattform VERIVOX zu den günstigeren Versorgern. Bei einem 4-Personen-Haushalt (4.000 kWh Jahresverbrauch) liegt E.ON Bayern um rund 50 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. □



Unsere Partner sehen den Gaseinkauf eher entspannt.

Kunden und Vertriebspartner von Bayerngas können beruhigt sein. Durch diversifizierten Gaseinkauf und innovatives Portfoliomanagement sind wir die ideale Beschaffungsplattform für Erdgas.

Know-how und Erfahrung im Dienste des Kunden.



bayerngas
Energiepartnerschaft mit Zukunft

www.bayerngas.de

Bad Bocklet:

Baufortschritt bei Biogasanlage

Gemeinschaftsprojekt von E.ON Bayern und Maschinenring zur umweltfreundlichen Strom- und Wärmeergewinnung

Derzeit entsteht in Bad Bocklet am Windheimer Berg im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts eine Biogasanlage mit einer Investitionssumme von rund 2,8 Millionen Euro. Das Biogas-Blockheizkraftwerk (BHKW) und das Wärmenetz werden von der E.ON Bayern Wärme GmbH errichtet und betrieben. Der Maschinenring Energie Bad Bocklet baut und betreibt die Biogasanlage.

Anfang April war reges Treiben auf der Baustelle angesagt. Mit einem Tieflader werden die Trafostation und der Container für das Blockheizkraftwerk geliefert. Mit einem 200-Tonnen-Kran wird zunächst die Trafostation eingehoben. Rund eine Stunde dauert es, bis die 24 Tonnen schwere Station an ihrem Platz steht. Diese wird das Biogas-Blockheizkraftwerk mit dem Mittelspannungsnetz verbinden, um den im BHKW erzeugten Strom dort einzuspeisen.

Danach wird in Maßarbeit der 20 Tonnen schwere Container für das BHKW eingesetzt. Dieser enthält neben dem eigentlichen BHKW, bestehend aus einem

Motor mit Generator, auch Hilfsaggregate, Regelung und Steuerung. Anschließend werden die Anbauteile, unter anderem Schalldämpfer, Wärmetauscher und Kamin, mit einem Gesamtgewicht von weiteren acht Tonnen auf den Container gehoben.

Pflanzliche Stoffe

Das Biogas-BHKW wird sein

Gas von der cirka einen Kilometer entfernten Biogasanlage bekommen, die derzeit gebaut wird. In der Anlage werden ausschließlich pflanzliche Stoffe zu Biogas verarbeitet, aus denen im Blockheizkraftwerk umweltfreundlich Wärme und Strom gewonnen wird.

Kostenpunkt

Da bei der Verbrennung von Biogas nur die Kohlendioxidmenge freigesetzt wird, die durch das Wachstum der Pflanzen der Atmosphäre vorher entzogen wurde, erfolgt die Energieerzeugung CO₂-neutral.

E.ON Bayern investiert 1,2 Millionen Euro für die Errichtung des Biogas-Blockheizkraftwerks, der erforderlichen Wärme- und Gasleitungen und in die Modernisierung der bestehenden Heizzentrale. Die Biogasanlage, die das Gas für den Betrieb des Blockheizkraftwerks liefert, kostet den Maschinenring 1,6 Millionen Euro.

„Offensive“ Jahre

Die Jahre 2006 und 2007 standen bzw. stehen bei E.ON Bayern im Zeichen einer Bio-gasoffensive. Insgesamt zehn Millionen Euro investiert der bayerische Regionalversorger in den Neubau und die Modernisierung von Kleinkraftwerken. Die erste Anlage ging 2006 in Schwandorf in Betrieb. Eine weitere Anlage wurde im Januar 2007 in Arzberg in Betrieb genommen. Derzeit ist ebenfalls eine Anlage in Hammelburg im Bau. □

E.ON Bayern / Region Oberfranken:

Sichere Straßenbeleuchtung

In Oberfranken ist E.ON Bayern in fast allen der von ihr mit Strom versorgten Kommunen auch für den Betrieb und die Wartung der Straßenbeleuchtung zuständig. Der Energiedienstleister lässt daher stichprobenartig jedes Jahr die Standesicherheit der Straßenbeleuchtungsmaste durch eine Fachfirma überprüfen. Hierdurch wird gewährleistet, dass von der Anlage keine Gefährdungen ausgehen.

Auch im Bereich des Kundencenters Bamberg wurden jetzt die Routineprüfungen in Burgbrach, Hallerndorf, Hausen, Schlüsselfeld, Untersteinbach, Weisendorf, Neunkirchen, Dormitz, Baiersdorf, Erlau, Lisberg, Schadlos, Pettstadt, Ebelsbach, Baunach, Maroldsweisach, Ebensfeld, Kirchlauter, Reckendorf und Kemmern durchgeführt.

Bei der Begutachtung der Masten verlässt man sich nicht mehr auf den Augenschein oder den Hammerschlag, sondern auf ein innovatives Verfahren, das unter

Berücksichtigung verschiedener DIN-Normen exakte, technische Messdaten liefert. Mit einem hoch entwickelten Prüfgerät wird Mast für Mast ein Belastungsdiagramm erstellt (Kraft-Weg-Diagramm). Hierfür wird der Mast einer Zug- und Druckkraft ausgesetzt, die einem Vielfachen der Windlast entspricht.

Das so genannte Mast-EKG spürt eventuelle Schwachstellen von Mast oder Fundament auf und dokumentiert diese. Je nach Befund werden dann weitere Maßnahmen eingeleitet. □

Region Ostbayern:

„Erdgas als Kraftstoff“

Steigende Treibstoffpreise für Benzin und Diesel, verschärfte Grenzwerte für Feinstaub und demnächst für Stickoxide beschleunigen mit Erdgas betriebenen Fahrzeugen einen Boom. Zusammen mit dem Regionalmanagement „VierStädtedreieck“ lud E.ON Bayern zur Informationsveranstaltung „Erdgas als Kraftstoff“ nach Grafenwöhr.

Bürgermeister Helmuth Wächter und Regionalmanager Markus Edenharter begrüßten die zahlreichen Gäste im Gründerzentrum in Grafenwöhr. Ziel der Veranstaltung war es, die Möglichkeiten für die Anwendung von Erdgas im Fahrzeugbereich aufzuzeigen. Die Experten von E.ON Bayern gaben einen Überblick über den aktuellen Stand der Entwicklung bei Erdgasfahrzeugen und Erdgastankstellen.

Erdgas als Kraftstoff ist nicht nur eine günstige Alternative zu Benzin und Diesel, sondern schon auch die Umwelt. Erdgasfahrzeuge stoßen bis zu 80 Prozent weniger Schadstoffe aus und sind wesentlich leiser und günstiger im Unterhalt. Gegenüber einem Benziner spart man 50 Prozent und gegenüber einem Diesel bis zu 35 Prozent der Treibstoffkosten. Außerdem sind die Abgase praktisch geruchs- und ruspartikelfrei, so dass auch der Smog-Bildung vorgebeugt wird.

Gerade im kommunalen Bereich gebe es vielfältige Einsatzmöglichkeiten für mit Erdgas betriebene Fahrzeuge. Bei Neuanschaffungen und entsprechender Infrastruktur seien Erdgasautos eine ernstzunehmende Alternative - zur Entlastung der kommunalen Haushalte und zum Nutzen der Umwelt. E.ON Bayern geht dabei mit gutem Beispiel voran: Allein im vergangenen Jahr verdoppelte der Energieversorger seinen Bestand an Erdgasfahrzeugen.

Das Netz von Erdgastankstellen soll weiter ausgebaut werden. Auch E.ON Bayern als Partner der Kommunen beteiligt sich an diesem Ausbau. Geplant sind jährlich zwei neue Tankstellen im Versorgungsgebiet. Zur Zeit betreibt der Energieversorger Erdgastankstellen in Schwandorf, Neunburg vorm Wald, Roding, Burglengenfeld und Kronach. □



Senken Sie mit uns Ihren Energieverbrauch.

Werden Sie EnergieSpar-Detektiv und entdecken Sie wertvolle Ratschläge im Internet unter www.eon-bayern.com/energietipps

Und ab Mai 2007 beraten Sie wieder unsere Experten im E.ON Bayern Energie-Mobil, wie Sie Energie und Geld sparen können.

Mit Sicherheit faire Preise

e-on | Bayern

Fachtagung des Bayerischen Städtetags:

Geothermie in bayerischen Kommunen

Die Gewinnung von Strom und Wärme aus Geothermie ist derzeit ein hochaktuelles Thema in der kommunalen Energiepolitik, vor allem in den Regionen in Bayern mit den ergiebigen Vorkommen von Erdwärme südlich der Donau bis zum Alpenrand. Mit einer Informationsveranstaltung in Unterhaching gab der Bayerische Städtetag einen Überblick über die rechtlichen Aspekte und Fördermöglichkeiten, die Potenziale und Nutzungsmöglichkeiten sowie die wichtigsten Themen bei der Vertragsgestaltung und der Ausschreibung. Die mit etwa 150 Kommunalpolitikern und Interessenten sehr gut besuchte Tagung zeigte aber auch, wie Geothermie in Bayern bereits in der Praxis funktioniert.

Bestes Beispiel hierfür ist die Gemeinde Unterhaching bei München, wie Bürgermeister Dr. Erwin Knapke zu berichten wusste. Mitte Januar diesen Jahres wurde die zweite Tiefbohrung des Geothermieprojektes mit der Feststellung der Fündigkeit erfolgreich abgeschlossen.

Das vorläufige Ergebnis übertrifft alle bisherigen Erwartungen: Temperatur und Schüttmenge des in 3.577 Tiefe gefundenen Wassers lassen nochmals bessere Schüttungsraten erwarten, wie bei der ersten Tiefbohrung. Damit ist die endgültige Fündigkeit und der wirtschaftliche wie geologische Erfolg des Projektes gesichert. Die Temperatur ist im Vergleich zur ersten Tiefbohrung nochmals deutlich höher und liegt derzeit bei gemessenen 127 Grad Celsius. Die Länge des Bohrloches beträgt insgesamt 3.864 Meter.

Beispiel Unterhaching

Die erste Bohrung in Unterhaching Ende September 2004 hatte in 3.350 Metern Tiefe thermales Wasser mit einer Temperatur von 123 Grad Celsius und einer Schüttung von

150 Litern pro Sekunde Wassermenge ergeben. Nach den vorläufigen Ergebnissen der zweiten Bohrung kann die komplette Wassermenge aus der ersten Bohrung ohne weiteren Pumpstromaufwand in die Erde zurückgeführt werden, da die Schüttungsrate deutlich höher ist, als bisher erwartet. Dies wird die Wirtschaftlichkeit des Projektes weiter erhöhen, weil zusätzlicher Stromaufwand für die Rückführung des Wassers nicht erforderlich sein wird.

Möglicher Exportschlager

Die Energie- und Wärmegegewinnung aus Geothermie könnte zu einem Exportschlager für Technik und Know-how aus Deutschland werden. Das Geothermieprojekt in Unterhaching, derzeit das größte Projekt zur Nutzung geothermischer Energie in Deutschland, entwickelt sich dabei zum Musterbeispiel für die wirtschaftliche Nutzung erneuerbarer Energien in Deutschland.

KALINA-Anlage

Knapke zufolge baut die SIEMENS AG in Unterhaching derzeit die erste und größte KA-

LINA-Anlage zur Stromerzeugung aus geothermischer Energie in Deutschland. Das Siemens Kraftwerk wird voraussichtlich im Herbst 2007 ans Netz gehen. In Unterhaching wird damit das weltweit modernste Erdwärmekraftwerk entstehen, das im so genannten Niedertemperaturbereich (bis 200 Grad Celsius) arbeitet und wesentlich effizienter und somit wirtschaftlicher als bisher das vorhandene Heiß- oder Thermalwasser vor Ort in Energie umwandelt.

Die Besonderheit

Im Unterschied zu herkömmlichen Geothermie-Anlagen wird dabei das Wasser nicht nur für das örtliche Fernwärmenetz genutzt, sondern dient je nach Bedarf auch der Stromerzeugung. So können z. B. im Sommer, wenn nur wenig Fernwärme gebraucht wird, bis zu 3,36 Megawatt elektrische Energie erzeugt und ins Stromnetz eingespeist werden. Diese Strommenge entspricht dem Verbrauch von rund 10.000 bundesdeutschen Durchschnittshaushalten. Unterstützt wird das Projekt vom Bundesumweltministerium und dem bayerischen Wirtschaftsministerium.

Projekt München-Riem

Allein das Verhältnis von 82 beantragten zu 6 bereits laufenden Geothermieprojekten in Bayern zeigt, dass Geothermie derzeit noch Pionierarbeit bedeutet. Auf besondere Aufmerksamkeit stieß deshalb auch der Vortrag von Werner Rühle von

den Stadtwerken München, der auf das fertige, funktionierende Geothermieprojekt München-Riem verweisen konnte, sowie jener von Dr. Ralph Baasch, der die Pullacher Geothermie „von der Idee bis zum Betrieb“ vorstellte.

Pullacher Beweis

„Eine Gemeinde kann ein Geothermieprojekt auch mit eigenen Kapazitäten stemmen - Pullach ist der Beweis“, betonte Baasch eingangs. Eine externe Projektfirma sei durchaus nicht immer nötig. Obwohl, wie Rai-

ner Zimmer vom bayerischen Wirtschaftsministerium betont hatte, die Zeitpläne von Geothermieprojekten meist erheblich überschritten werden, wusste Baasch zu berichten, dass im Fall Pullach zwischen Bohrbeginn und erster Wärmelieferung nur ein Jahr lag.

Solide wirtschaftliche Grundlage

Der Referent machte zudem deutlich, dass das im Mai 2006 offiziell eingeweihte Pullacher Projekt auf einer soliden wirtschaftlichen Grundlage steht,

auch wenn die Wärmeversorgung aus Geothermie nicht mit den Renditemaßstäben privater Investoren gemessen werden könne. Schließlich müssten bei der Geothermie auch Infrastruktur- und Umweltschutzaspekte sowie die Unabhängigkeit von fremden Energielieferungen gesehen werden. Darüber hinaus verwies Baasch darauf, dass auch scheinbar unbedeutende Maßnahmen wie Schallschutzkonzept, Umweltschutzmaßnahmen und nicht zuletzt Öffentlichkeitsarbeit einem Geothermieprojekt zum Erfolg verhelfen. **DK**

Wohnungsbau Pfarrkirchen - Simbach:

Fernwärme aus Geothermie-Kraftwerk

Heizt mit Erdwärme: 50er und 60er Jahre-Bestand in Simbach

Die Wohnungsbau GmbH Pfarrkirchen-Simbach am Inn besitzt rund tausend Wohneinheiten im eigenen Bestand und verwaltet zudem weitere 500. In den vergangenen Jahren hat sie in Simbach rund 250 Wohneinheiten energetisch modernisiert. Sie befinden sich in zwei- bis viergeschossigen Wohnhäusern, die überwiegend in den 50er und 60er Jahren erbaut wurden. Beheizt werden sie durch Geothermie im Rahmen des mit Abstand größten Erdwärme-Projektes in Mitteleuropa.

Das mit Abstand größte länderübergreifende Geothermie-Projekt in Mitteleuropa entstand durch die Zusammenarbeit der beiden Nachbarstädte Braunau (18.000 Einwohner) und Simbach (10.000 Einwohner).

Erste Bohrungen 1999

Aufgrund einer Wirtschaftlichkeitsstudie wurden 1999 die ersten Bohrungen vorgenommen, im Jahr 2000 mit dem Leitungsbau begonnen und bereits im Herbst 2000 wurden die ersten Kunden aus der neuen umweltschonenden Energiequelle versorgt. Aus einer Tiefe von 2 000 Metern wird die umweltfreundliche Erdwärme gewonnen. Dafür waren zwei Tiefbohrungen notwendig - eine Förder- und eine sogenannte Verpressbohrung.

Die gespeicherte Wärme in dem aus der Förderbohrung gepumpten Thermalwasser wird mittels Wärmetauscher an das angeschlossene Fernwärmenetz weitergegeben. 74 Liter Heißwasser werden pro Sekunde gefördert. Das genutzte Wasser wird über die Verpressbohrung wieder in den Untergrund zurückgepumpt. Dem Vorkommen wird so kein Wasser entzogen. Im Jahr 2006 wurden 53,1 GWh der insgesamt benötigten 67 GWh an Wärme über die Geothermie abgedeckt.

Gaskessel im Einsatz

Der Rest wird mit Hilfe eines Gaskessels in der Heizzentrale von Simbach aufgebracht. Durch diesen Gaskessel wird die in der Erde gespeicherte Wärme von rund 80 Grad in kalten Wintermonaten auf die erforderliche Betriebstemperatur von 110 Grad Celsius gebracht. Derzeit sind rund 750 Gebäude und mehr als 2000 Haushalte an die umweltfreundliche Fernwärme angeschlossen.

Dazu gehören viele Großabnehmer wie Krankenhäuser, Kurkliniken und Freizeitcenter. In Simbach konzentrieren sich die Fernwärme-Anschlüsse vor allem auf Wohnhäuser. Die Wohnungsbau GmbH Pfarrkirchen-Simbach am Inn hat im Rahmen der Generalsanierung ihre Wohnhäuser an das effizienteste Fernwärmenetz angeschlossen. Die Wohnungsbau-Gesellschaft hat dafür nur einen Baukostenzuschuss für die Leitungsverlegung bezahlt.

Konrad Freutsmiedl, Geschäftsführer der Wohnungsbau GmbH Pfarrkirchen-Simbach, lag es besonders daran, die Heiz-

kosten in den zwei- bis viergeschossigen Sozialbau-Wohnungen niedrig zu halten. Die umweltfreundliche Erdwärme führt darüber hinaus jährlich zu einer Einsparung von 16.300 Tonnen CO₂ im Vergleich zum Heizöl.

Erhöhte Preise

Allerdings hat sich die Kostenersparnis für die Abnehmer der Fernwärme mittlerweile relativiert. Ende 2005 lag der Fernwärmepreis noch 40 Prozent unter dem für die vergleichbare Menge Heizöl. Doch da zu circa einem Drittel der Einsatz von Erdgas notwendig ist und der Preis dafür im letzten Jahr gestiegen ist, haben sich zum Unmut der Abnehmer die Preise erhöht.

Die zu geringe Erdwärme verhindert auch die Verstromung. Doch bisher ist man von kommunaler Seite her schon zufrieden, dass sich das Thermalwasser durch die 35 Kilometer langen Leitungen nicht abgekühlt hat. In dem Fall müsste neu gebohrt werden. Die bestehenden Verträge laufen auf 20 Jahre.

„Wir hängen noch am Tropf der Subventionen“

„Das ganze Projekt hängt am Tropf der Subventionen. Wir sind froh, irgendwann eine schwarze Null schreiben zu können“, so Anton Schuhbauer, Geschäftsleitender Beamter der Stadt Simbach. Denn nicht alle Investitionen sind über die Gesellschaft abgedeckt und deshalb drücken die Zinsen für Darlehen vom freien Kreditmarkt. An der Geothermie Braunau-Simbach GmbH und damit an dem mittlerweile auf einen Umfang von 21 Millionen Euro angewachsenen Projekt, das von der EU mit rund 2,3 Millionen sowie von den Ländern Bayern und Oberösterreich und dem Umweltministerium mit insgesamt mehr als 5,7 Millionen Euro gefördert wird, sind insgesamt sieben Partner beteiligt.

Über Grenzen hinweg

Auf österreichischer Seite gehören dazu die Energie AG Oberösterreich, die OÖ Ferngas AG und die Stadt Braunau. Auf deutscher Seite sind es die Geothermie-Gesellschaft und die Stadt Simbach, der Landkreis Rottal-Inn, die E.On Bayern sowie die Geo-Fernwärme Südbayern GmbH. Die Zusammensetzung der Anteile dokumentiert die grenzüberschreitende Zu-

sammenarbeit: Österreichische und deutsche Beteiligte halten insgesamt jeweils 50 Prozent.

Kräftiger Impuls

Bei der Nutzung der Erdwärme bleiben die Entgelte zum großen Teil im bayerisch-österreichischen Grenzraum. Für die Region bedeutet dies einen kräftigen Impuls zur Sicherung vorhandener Arbeitsplätze. Im Zuge des Geothermie-Projektes hat ein privater Investor die Chance zur Umsetzung einer Idee genutzt. Die Stadt Simbach hat ihm das Grundstück direkt neben der Förderbohrung verkauft. Dort werden nun BHKW-Module erstellt, die mit Rapsöl betrieben werden und Strom einspeisen können. Die Abwärme wird im Sommer zum Betrieb einer Holzhackschnitzel-Trocknungsanlage genutzt. In der Heizperiode liefert die Anlage die Wärme direkt in die Heizanlage von Simbach. **Dagmar Lange**

Kontakt: Richard Findl, Erster Bürgermeister Simbach am Inn, Tel.: 08571/606-0, Internet: www.simbach.de □

8. Berliner Energietage

Mit rund 30 Fachveranstaltungen bieten die 8. Berliner Energietage wieder einen umfassenden Überblick über die aktuellen Entwicklungen im Bereich Energieeffizienz in Deutschland.

Zu dem vom 7. bis 9. Mai von der Deutschen Energie-Agentur GmbH und dem Berliner ImpulsE-Programm veranstalteten Event werden rund 3.500 Teilnehmer aus Deutschland und dem deutschsprachigen Ausland erwartet.

Das komplette Programm ist unter www.berliner-energietae.de abrufbar. Hier besteht auch die Möglichkeit, sich direkt für die Veranstaltungen anzumelden.

Diverse Zielgruppen

Mit speziell auf ihre Interessen zugeschnittenen Veranstaltungen werden unterschiedlichste Zielgruppen angesprochen: von der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, über Architekten und Planer, bis hin zu Haustechnikherstellern, der Energiewirtschaft oder auch Vertretern öffentlicher Einrichtungen. Die Abendveranstaltungen bringen Praktiker mit politischen Entscheidern aus Verbänden und Ministerien zusammen.

Die begleitende Fachmesse Energie ImpulsE 2007 rundet als fester Bestandteil der Energietage das Programm ab. □

LEW

Lechwerke

Eine Idee von LEW: Der Energiespar-Check

Mit dem LEW-Energiespar-Check vermeiden Sie Energieverluste. Und sparen bares Geld. Informieren Sie sich einfach im Internet.



Wir helfen Ihnen, Energie zu sparen und Ihren Geldbeutel zu schonen. Unseren Energiespar-Check und weitere Energiespar-Tipps finden Sie im Internet unter www.eine-idee-von-lew.de

RWE Group

Erdgas Südbayern unterstützt moderne Technologie:

Ab sofort auch Solarförderung

Der Energieverbrauch kann durch die Modernisierung von Heizanlagen drastisch reduziert werden - und das ohne Einbuße an Komfort. Rund ein Drittel des deutschen Energieverbrauchs fällt nach Angaben der ASUE Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch allein auf Heizung und Warmwasser. Die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) unterstützt gezielte Maßnahmen zur Energieeinsparung mit attraktiven Förderprogrammen.

Energiespar-Prämie für Erdgas-Brennwerttechnik und Solar

„Nachweislich brauchen moderne Heizsysteme, wie zum Beispiel die Erdgas-Brennwerttechnik, deutlich weniger Energie“, erklärt Martin Heun, Prokurist bei der ESB - „und diese moderne Technik schneidet auch im Vollkostenvergleich mit anderen Heizsystemen am besten ab. Immer mehr Bauherren und Modernisierer entscheiden sich für Erdgas-Brennwertgeräte. Der spezifische Vorteil der Brennwerttechnik ist die Wärmerückgewinnung aus dem Abgas, wodurch Energie eingespart und die Umwelt entlastet wird. Brennwerttechnik spart bis zu 15 Prozent Energie gegenüber herkömmlichen Heizungen und bis zu 40 Prozent im Vergleich zu alten Anlagen. Den Spareifer belohnt die ESB mit 250 Euro Energiespar-Prämie für bestehende Gebäude und Neubauten bis zu 3 Wohnungen und 500 Euro ab 4 Wohnungen.“

Für die Kombination der Erdgasheizung mit einer thermischen Solaranlage zahlt die

ESB noch zusätzlich einen Solarbonus in Höhe von 400 Euro. Die Förderungen gibt es für alle Neukunden der ESB bis Ende 2007, wenn ein Partnervertrag mit fünf Jahren Laufzeit für die Erdgaslieferung abgeschlossen wird und an keinem früheren Förderprogramm teilgenommen wurde.

Beispielrechnung

Bei weltweit steigenden Energiepreisen helfen Investitionen in die Heizanlage, die Energiekosten langfristig im Griff zu halten. Dies bestätigt eine Beispielrechnung des BDH Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik e.V. Ausgehend von einem freistehenden Einfamilienhaus Baujahr 1970 mit einer Nutzfläche von 150 m², einem Standardheizkessel sowie einem direkt beheizten Trinkwassererwärmer - entsprechend einem jährlichen Energiebedarf von 424 Kilowattstunden/m² - hat der BDH untersucht, wie hoch die mit verschiedenen Maßnahmen verbundene Energieeinsparung sein kann.

Mit Warmwasser fließend Energie sparen

Die Warmwasserbereitung macht mit rund 10 % einen bedeutsamen Teil des Energieverbrauchs im Haushalt aus. Täglich werden durchschnittlich pro Person etwa 35 Liter Warmwasser benötigt, ungefähr 25 % davon in der Küche, der größere Anteil für Körperpflege und Reinigung.

Um den täglichen Wasserbedarf eines 4-Personen-Haushaltes von der durchschnittlichen Zulauftemperatur von etwa 10 Grad auf die Warmwassertemperatur von 40 Grad zu erwärmen, werden fast 5 kWh Energie benötigt. Diese entspricht dem Stromverbrauch von etwa 60 Stunden Fernsehen. Durch sinnvollen und sparsamen Verbrauch lässt sich der Warmwasserbedarf, ohne auf Komfort zu verzichten, um circa 30 % reduzieren. Bei einer Warmwasserbereitung mit Strom, lassen sich dadurch bis zu 70 Euro im Jahr einsparen.

Mischbatterien einbauen

Mit praktischen Einhebelmischbatterien lässt sich die gewünschte Wassertemperatur schneller einstellen als mit je einem Griff für Kalt- und Warmwasser, der Wasser- und Energieverbrauch sinkt. Alternativ lassen sich thermostatgesteuerte Mischbatterien einbauen. Diese arbeiten genauer und sparen weitere Betriebskosten ein.

Werden größere Warmwassermengen, z. B. zum Duschen benötigt, empfiehlt sich statt eines Warmwasserspeichers oder Boilers ein elektrischer Durchlauferhitzer. Sie sind effizienter, da sie keine Wärmeverluste durch Speicherung verursachen. Das Einsparpotenzial der Durchlauferhitzer gegenüber Speichern beträgt bis zu 20 %.

Tipps zum Boiler

Bei der Verwendung von Untertischboilern sollte eine möglichst niedrige Temperatur oder Stufe ‚E‘ (= energiesparend) gewählt werden. Auch verkalkt der Boiler dann nicht so schnell. Wird zeitweise kein Warmwasser benötigt, kann

Brennwertkessel

Im ersten Sanierungsschritt wird ein neuer Brennwertkessel und Trinkwassererwärmer installiert. Der Energiebedarf reduziert sich dadurch um 30 Prozent. Das entspricht bei einem Energiepreis von 0,7 Euro pro Kubikmeter Erdgas einer Einsparung von rund 1.270 Euro pro Jahr. Da die hierfür notwen-

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

digen Investitionen rund 6.500 Euro betragen, amortisiert sich diese Sanierungsmaßnahme in weniger als fünf Jahren.

Solaranlage

In einem zweiten Schritt werden zusätzlich eine Solaranlage integriert, weitere Heizkörper ergänzt sowie die Verteilleitun-

gen gedämmt. Damit wird die optimale Brennwertnutzung erzielt. Dafür sind noch einmal rund 5.500 Euro zu veranschlagen. Im Ergebnis verringert sich der Energieverbrauch gegenüber der Ausgangssituation um rund 40 Prozent. Dies entspricht einer Senkung der Energiekosten auf Basis der genannten Preise um 1.864 Euro pro Jahr.

Weniger Emissionen

Dieses Beispiel zeigt, dass sich die Investition in eine neue Heizanlage schon innerhalb

weniger Jahre amortisieren kann. Die ASUE weist zudem auf die damit verbundene Einsparung an Emissionen hin: Die Reduzierung des Energieverbrauchs um 40 Prozent bedeutet im Falle des beschriebenen Gebäudes eine Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes um rund sieben Tonnen im Jahr. □

Die Früchte des letzten Sommers

N-ERGIE unterstützt die Aktion „Stadtra(t)deln & Co.“

Im Sommer 2006 führte die Stadt Nürnberg gemeinsam mit der N-ERGIE als Sponsor die Umweltaktion „Stadtra(t)deln & Co.“ durch: Die Nürnberger Stadträte waren dazu aufgefordert, möglichst viele Strecken mit ihrem Fahrrad zurückzulegen. Die Radler traten kräftig in die Pedale und schafften zusammen über 20.000 Kilometer in Dienst und Freizeit.

Jeder Radkilometer brachte 30 Cent, so dass schließlich etwas mehr als 6.000 EUR zusammen kamen. Hiervon wurden 5.000 EUR von der N-ERGIE Aktiengesellschaft und der Rest vom Projekt „Nürnberg - intelligent mobil“ bezahlt.

Radfahren als intelligente Form der Mobilität

Am 21. März 2007 wurden nun von dem erradelten Geld sieben Eichen am Maxtorkreisel in Nürnberg gepflanzt. Die Ak-

tion sollte die Vorteile des Fahrrads als Verkehrsmittel im Alltag aufzeigen: Radeln als intelligente und umweltfreundliche Form der Mobilität. Schließlich kommt dem motorisierten Individualverkehr hinsichtlich der Emissionen große Bedeutung zu: Die Stadt Nürnberg gibt bekannt, dass mehr als 50 % der Schadstoffemissionen von Stickoxiden und Kohlenmonoxid sowie etwa 20 % des CO₂-Ausstoßes und der Feinstäube aus dem Straßenverkehr stammen. □

Netzgesellschaft der Erdgas Südbayern gegründet

Energienetze Bayern GmbH: Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes sind erfüllt

Bereits zum Jahresanfang hat die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) eine eigene Netzgesellschaft, die Energienetze Bayern GmbH, gegründet. Mit der Ausgliederung des Netzbetriebs erfüllt die ESB die im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) verankerten Entflechtungsvorschriften für integrierte Energieversorgungsunternehmen.

Das EnWG verpflichtet die Energieversorger, Netz und Vertrieb zu trennen. Damit soll ein diskriminierungsfreier Netzzugang gewährleistet werden.

Weiterer Netzausbau

Aufgabe der neuen Gesellschaft sind Ausbau und Instandhaltung der technischen Infrastruktur sowie die Durchführung des sicheren Betriebs der Gasnetze. Als größter regionaler Gasverteilnetzbetreiber in Südbayern stellt die Energienetze Bayern GmbH auf einer

Fläche von etwa 20.000 Quadratkilometern den zuverlässigen Gastransport und den sicheren Betrieb sicher. Die Länge des Leitungsnetzes beträgt heute rund 8.000 km und wird kontinuierlich weiter ausgebaut.

Versorgungssicherheit

„Das ist eine Infrastruktur, die auf die Anforderungen unserer Kunden zugeschnitten ist und eine optimale Transport- und Versorgungssicherheit garantiert.“ sagt Rolf Echelmeyer, Geschäftsführer der Energienetze Bayern GmbH. □

ESB senkt Erdgaspreis

Sinkende Nachfrage nach Energie und damit sinkende Öl- und Gaspreise auf dem Weltmarkt ermöglichen eine Preissenkung bei Erdgas von der Erdgas Südbayern GmbH (ESB). Am 1. Mai 2007 wird die ESB die Erdgaspreise für Privatkunden weiter senken. Erdgas von der ESB ist damit im Vergleich zum Jahresbeginn um 15 % günstiger.

Mit der zweiten Preissenkung in diesem Jahr sind die Erdgaspreise der ESB seit Anfang 2007 für einen 4-Personen-Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 30.000 Kilowattstunden Erdgas um 15 % gesunken. Das bedeutet eine Kosteneinsparung von insgesamt 235,- Euro pro Jahr. Zusätzlich 48,60 Euro sparen diese ESB-Kunden mit einem Partnervertrag über 5 Jahre, denn der Treuebonus im neuen Preissystem wurde deutlich verbessert.

Bonusprogramme für treue Kunden deutlich attraktiver

Die ESB bietet ihren Kunden bereits seit vielen Jahren attraktive Preismodelle und Wahlleistungen zum Sparen an. „Wir passen die Angebote in unserem Preissystem an die Bedürfnisse unserer Kunden an, um ihnen das optimale Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten. Zudem schaffen wir Anreize zum Energiesparen durch Förderprogramme und Informationsveranstaltungen“, so Martin Heun, Prokurist bei der ESB. Ab 1. Mai erhalten Erdgaskunden im neuen ESB-Preissystem neben den bis zu 7 % günstigeren Vario-Preisen auch einen höheren Erdgas-Bonus bis zu 5.000 kWh pro Jahr beim Abschluss eines Partnervertrages. □

Partnerschaft mit Zukunftsperspektive

ESB-Wärme – Service für Kommunen



Ergomar Erlebnisbad in Ergolding – für Wärme und Strom sorgt ein Blockheizkraftwerk

Das Contracting-Modell für öffentliche Gebäude und Einrichtungen

Wir verstehen uns als regionaler Partner für konventionelle als auch innovative Wärme-Konzepte. Im Vordergrund stehen dabei Wirtschaftlichkeit, regionale Energien und natürlich die Umwelt. Sie haben einen Partner mit viel Erfahrung an Ihrer Seite.

Mit dem ESB-WärmeService haben Sie folgende Vorteile:

- Modernisieren ohne selbst zu investieren
- ESB-Wärme plant, organisiert und betreibt Ihre Wärmeversorgung
- Moderne, umweltschonende Anlagen mit niedrigem Energieverbrauch
- Alle Leistungen sind im monatlichen Wärmepreis enthalten



Wir schicken Ihnen gerne unsere Referenzbroschüre oder vereinbaren Sie gleich einen Termin mit dem ESB-Wärme Berater.

ESB Wärme

erdgas schwaben:

Wertvolle Energiespartipps

Energiespartipp Nr. 1: Energie für die Zukunft - Erdgas

Erdgas besteht zu 80 % aus Wasserstoff und ist damit die umweltschonendste fossile Energie. Erdgas verbrennt nahezu rückstandsfrei. Gegenüber anderen fossilen Brennstoffen entstehen bei der Verbrennung von Erdgas die geringsten CO₂-Emissionen, was dem Treibhauseffekt direkt entgegen wirkt. So kann jeder seinen Beitrag zum Umweltschutz leisten und braucht dabei nicht auf Behaglichkeit und Lebensqualität verzichten.

Energiespartipp Nr. 2: Energie-Verbrauch und Kosten senken mit Erdgas

Durch die optimale Energieausnutzung einer modernen Erdgas-Brennwertheizung lässt sich der Brennstoffverbrauch stark senken: Gegenüber einer Ölheizung mit veralteter Technik werden bis zu 40 % weniger Brennstoff benötigt. Das schont die Umwelt und die Haushaltskasse. Darüber hinaus ist eine Erdgasheizung langlebig und wartungsarm und findet auf kleinsten Raum Platz, denn Bevorratung und Vorfinanzierung des Brennstoffs sind unnötig. Erdgas ist da, wenn man es braucht.

Kostengünstige Alternative

Übrigens, Erdgas bietet nicht nur beim Heizen viele Vorteile. Auch für weitere Haushaltsgeräte steht Erdgas als kostengünstige Alternative zu anderen Energieträgern zur Verfügung, wie z. B. den Erdgasgrill für die Terrasse oder den Erdgastrockner, mit dem bis zu 33 % Energie, Zeit und damit bares Geld gespart werden.

Energiespartipp Nr. 3: Sonne und Erdgas

Die Kombination von Erdgas und Solar eröffnet bei der Warmwasserbereitung interessante Perspektiven und bietet klare Kostenvorteile. Es ist ratsam, die Kraft der Sonne zu nutzen und damit bei der Warmwasserbereitung bis zu 60 % Energie einzusparen.

Energiespartipp Nr. 4: Heizen und Kühlen mit der Gaswärmepumpe

Mit einer Gas-Absorptionswärmepumpe können zusätzlich zur Primärenergie Erdgas wahlweise Wärme aus Luft, Wasser oder Erde als Energiequelle genutzt werden. Damit ist es möglich gleichzeitig zu heizen und zu kühlen und dabei wird nur noch ca. die Hälfte der bisherigen Erdgasmenge verbraucht. Den Rest liefert die Natur kostenlos.

Wer über die Vorteile von Erdgas informiert werden will, sollte einen persönlichen Beratungstermin mit einem der Energiesparprofis von erdgas schwaben vereinbaren. (Telefon: 0821 9002-0).

Sparen wie die Schwaben

erdgas schwaben senkt mit den schwaben preisen die Erdgaspreise

Zum 1. Mai gelten bei erdgas schwaben neue Preise - die schwaben preise. Bis zu 95,- Euro pro Jahr mehr bleiben einer Familie bei einem durchschnittlichen Haushaltsverbrauch im Portemonnaie. Die neuen schwaben preise und der schwaben bonus für treue Kunden machen es möglich.

Der Erdgasmarkt ist in Bewegung: neue Anbieter und der im vergangenen Winter gesunkene Ölpreis machen es möglich.

„Der Markt bestimmt den Preis!“, betont Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer erdgas schwaben, „schwaben preise sind günstig und sie gelten garantiert bis zum

Jahresende, bis zum 31.12.2007. Unsere schwaben preis-Kunden erhalten automatisch den für sie besten Preis. Grundlage ist der jeweilige Verbrauch.“

Der schwaben bonus ist der Extrabonus für treue Kunden - wer sich für 1 Jahr für erdgas schwaben entscheidet, der spart bis zu 95,- Euro im Jahr an Heizkosten. □



Besichtigung der Holzaufbereitung und Hackschnitzelproduktion bei der Firma Breitsamer - von links: Harald Mörtl (Landratsamt), Thomas Breitsamer, Kreisrat Johann Stürzer, Landrat Thomas Karmasin, Herbert Britzelmair (Abfallwirtschaftsbetrieb), Kreisrat Herbert Roiser. □

Landkreis Fürstfeldbruck:

Fernwärmevertrag mit den Stadtwerken FFB

Nach einer längeren, intensiven Vorbereitungsphase konnte die schon seit Jahren bestehende Geschäftsbeziehung zwischen dem Landkreis und den Stadtwerken Fürstfeldbruck auf dem Gebiet der Fernwärmeversorgung nun auch formal besiegelt werden. Landrat Thomas Karmasin und Geschäftsführer Karl Heinz Schönenborn unterzeichneten jetzt das entsprechende Vertragswerk im Landratsamt. Dem Vertrag liegen entsprechende Beschlüsse der Kreisgremien zugrunde.

Anstelle von Einzelverträgen wurde die Form eines Rahmenvertrags zu einheitlichen Konditionen gewählt. Von dem Liefervertrag erfasst werden neben dem Landratsamtsgebäude mit Bürgerservice-Zentrum, das schon seit Oktober 1998 mit Fernwärme beheizt wird, auch die folgenden Einrichtungen in der Kreisstadt, für die der Landkreis der Kostenträger ist: das Förderzentrum West, die Berufsschule mit den angrenzenden Pavillons der Berufs- und Fachoberschule, das bestehende Graf-Rasso-Gymnasium mit Nebengebäuden, die Ferdinand-von-Miller-Realschule, die Wittelsbacherhalle und das Viscardi-Gymnasium. Letzteres wurde erst im März 2006 von Erdgasheizung auf Fernwärme umgestellt.

Im Unterschied zur Situation in Olching (das Gymnasium Olching betreffend), wo die Fernwärme als Nebenprodukt bei der Müllverbrennung anfällt und über die Gemeinde Olching als Zwischenhändler vertrieben wird, sind die Stadtwerke Fürstfeldbruck in der Kreisstadt zugleich Wärmeerzeuger, Netzbetreiber und Lieferant, somit unmittelbarer Vertragspartner des Landkreises.

Die Heizenergie wird je nach den örtlichen Gegebenheiten entweder per Rohrleitung vom Betriebsgelände der Stadtwerke bezogen, in einem lokalen Blockheizkraftwerk direkt vor Ort erzeugt (Beispiel Berufs-

und Realschule mit den Pavillons der BOS / FOS), oder sie stammt aus der modernen, mit Holz-Hackschnitzeln (Biomasse) betriebenen „Energiezentrale Fürstfeldbruck-West“ der Stadtwerke (Beispiel Viscardi-Gymnasium). Durch den Anschluss der einzelnen Immobilien an das Fernwärmenetz der Stadtwerke werden im Jahr ca. 2000 Tonnen CO₂ eingespart.

Im Gegensatz zur herkömmlichen Energiegewinnung auf der Ländle mittels Gaseinsatz (mit Stromerzeugung) wird in der neuen Energiezentrale FFB-West (nur Kälte- Wärmeerzeugung) ausschließlich Biomasse zum Einsatz gebracht. Durch den Einsatz von Biomasse wird ein positives Resultat von fast 100% Emissionsersparnis erzielt. Mit einer vertraglichen Anschlussleistung von rund 5000 Kilowatt ist der Landkreis einer der größten Abnehmer im Fernwärmenetz der Stadtwerke. Der Preis richtet sich nach einem besonders günstigen Tarif für Sondervertragskunden.

Wie Landrat Karmasin bei der Vertragsunterzeichnung hervor hob, leistet der Landkreis Fürstfeldbruck durch den sukzessive erfolgten Anschluss seiner Liegenschaften an das Fernwärmenetz der Stadtwerke einen aktiven Beitrag zur Entlastung der Umwelt von Treibhausgasen und er unterstützt damit zugleich die örtliche Energiewirtschaft, da die Wertschöpfung im Landkreis bleibt. □

FAZ-Theorie zum Klima-Alarm:

Hysterie ist fehl am Platz!

Politiker und Wissenschaftler verkünden nun schon seit Monaten, der Mensch sei schuld an der Erderwärmung. Die von ihm verursachten Kohlendioxid-Massen (CO₂) würden den Planeten aufheizen. Umso überraschender mutet es an, dass die renommierte „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ genau die entgegen gesetzte Theorie vertritt. Sie behauptet: Die Erde würde vor allem aufgrund natürlicher Schwankungen wärmer - und auch wieder kälter. Der Einfluss des Menschen und seiner Autos sei nur minimal.

Kalt- und Warmzeiten hätten sich ständig abgelöst - unabhängig davon, wie viel CO₂ gerade in der Atmosphäre war, so die FAZ. 8000 bis 6000 vor Christus sei es auf der Nordhalbkugel der Erde deutlich wärmer gewesen als heute, obwohl extrem wenig Kohlendioxid in der Luft war. Danach stieg der Anteil des Gases, die Erdtemperatur sank jedoch. Zu Christi Geburt setzte eine Warmzeit ein, die Römer konnten dadurch ihr Weltreich bis in den fruchtbaren Norden Englands ausdehnen. In den Jahren 300 bis 800 folgte eine Kaltzeit - die Germanen zogen Richtung Süden.

Danach kam wieder eine Warmzeit: Wein wuchs vom Niederrhein bis nach Neufundland, im Rheinland wuchsen Feigen und Oliven. Grönland („Grünland“) wurde besiedelt. 1300 bis 1700 folgte dann eine neue Kaltzeit in Europa: Schnee im Hochsommer, der Bodensee froh zu. Ernten fielen aus, Menschen hungerten. Die Lufttemperatur im Sommer betrug manchmal nur 15 Grad. Ab 1800 wurde es wieder wärmer, jedoch stark verzögert wegen eines Vulkanausbruchs in Island, der die Atmosphäre verdunkelte. Der CO₂-Gehalt der Luft blieb aber fast konstant.

Warme Winter kein Beleg für Klimaveränderung

Wie die FAZ zudem behauptet, sind warme Winter wie 2006/2007 kein Beleg für eine aktuelle Klimaveränderung. Auch sie habe es schon immer gegeben. Im Sommer 1904 herrschte in Europa tropische Hitze, die Elbe war fast völlig ausgetrocknet. Im Dezember 1907 herrschte in Deutschland ein solch mildes Frühlingwetter, dass schon die Knospen austrieben. Die Ursache hierfür war verstärkte Sonnenstrahlung. Dänische Forscher hätten bewiesen, dass die Sonne Ende des 20. Jahrhunderts so intensiv wie seit 1000 Jahren nicht mehr strahlte. Dies könnte die Hauptursache für die aktuelle Warmzeit der Erde sein. 2004 war mit seinen Temperaturen ein Jahrtausend-Sommer.

Die „Frankfurter Allgemeine“ stellt darüber hinaus fest, dass Autos kaum einen Einfluss darauf haben, wie viel Kohlendioxid in der Atmosphäre ist. Alle Pkw weltweit erzeugten 2,1 Mil-

liarden Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. Die 6,7 Milliarden Menschen brachten es durch ihre Atmung auf 2,5 Milliarden. Der Anteil des Menschen am Kohlendioxid werde weltweit insgesamt nur auf 1 bis 4 Prozent geschätzt. Der Großteil stamme aus tierischer Atmung und aus den Ozeanen. Diese geben umso mehr CO₂ ab, je wärmer sie werden.

„Selbst wenn in Deutschland alle Verbrennungsmotoren verboten würden, hätte das nicht die geringste Auswirkung auf das Klima...“ betont die FAZ. Und weiter: „Der menschliche Beitrag zur Erzeugung von CO₂ soll weder verniedlicht noch abgestritten werden. Nur taugt er nicht dazu, eine Klimahysterie auszulösen. Und schon gar nicht dazu, das Klima für 100 Jahre vorherzusagen, wenn es bereits schwer fällt, das Wetter für die kommenden drei Tage zu bestimmen.“

Fazit: Glaubt man den FAZ-Ausführungen, so ist in der Klima-Frage Überreaktion genauso fehl am Platze wie das Leugnen von Tatsachen. Wie so oft könnte auch hier die Wahrheit in der Mitte liegen. Im Augenblick ist wohl nur eines sicher: Die Diskussion bleibt. □

Städtetag zur Abgassteuer

Als einen Schritt in die richtige Richtung sieht der Bayerische Städtetag die Bundesvorschläge, die Kfz-Steuer künftig an den Abgasausstoß zu koppeln. Dies könnte auch ein Beitrag zur Lösung der Feinstaubproblematik in den Städten und Gemeinden sein. „Wir haben zwar die Überschreitung der Grenzwerte in unseren Städten, verursacht wird diese Überschreitung aber durch die Kraftfahrzeuge im ganzen Land. Wir brauchen deshalb Maßnahmen, die an den Quellen der Luftverschmutzung ansetzen, also wirksam die Abgase beeinflussen. Die Abgassteuer kann hier helfen“, meint der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetages Reiner Knäusel.

Europaweite Vorschrift

Der Bayerische Städtetag fordert neben der bundesrechtlichen Steuerlösung aber Lösungen auf europäischer Ebene. Bund und Länder müssen sich gegenüber der EU dafür einsetzen, dass die Abgasstandards verschärft werden sowie Filter für PKW und LKW verbindlich angeordnet werden. „Effektiver als nichteinhaltenbare Grenzwerte oder zeitlich begrenzte Fahrverbote sind quellenbezogene Emissionsminderungen am Fahrzeug selber. Diese müssen europaweit verbindlich vorgeschrieben werden“, betont Knäusel. Die europaweite Einführung von Ruß- und Partikelfiltern nützt der Luft in unseren Städten mehr als Citymaut, Verkehrsumleitungen oder zeitweise Fahrverbote zusammen. □



... ebenso wie 164 weitere Städte und Gemeinden in unserer Region

Josef Schweinberger,
1. Bürgermeister der Stadt Buchloe,
freut sich, dass den Buchloer Bürgerinnen und Bürgern mit Erdgas eine saubere und umweltschonende Energie zur Verfügung steht.

www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben gmbh
Bayerstr. 43 · 86199 Augsburg
Telefon 0821 9002-0
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Stadt Buchloe - wir heizen mit Erdgas

Jahreskongress der kommunalen Energiebeauftragten in Nürnberg:

Markt der Möglichkeiten

Ansätze und Beispiele für erfolgreiches Energiemanagement lieferte der 12. Jahreskongress der kommunalen Energiebeauftragten in Nürnberg. Gezeigt wurde, wie in Kommunen mit Intelligenz und Kreativität sowohl ökonomische als auch ökologische Ziele in konkrete Maßnahmen und Projekte umgesetzt werden können. Die Tagung diente damit als Fortbildungsveranstaltung und als Plattform für den Erfahrungsaustausch.

Vor dem Hintergrund der Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) und der Einführung von Energieausweisen bildete das Thema Gebäudeenergieeffizienz einen Schwerpunkt des diesjährigen Kongresses. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl von Workshops zu folgenden Themenkomplexen angeboten: Erneuerbare Energien, Energiemanagement in kleinen und mittleren Kommunen, Energie im Gebäudemanagement, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Projekte und Produkte

Zusätzlich präsentierten die Veranstalter - das Deutsche Institut für Urbanistik gemeinsam mit der gastgebenden Stadt Nürnberg in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag - einen „Markt der Möglichkeiten“, der sich als ergänzende Plattform des Erfahrungsaustauschs bewährt hat. Den rund 200 Kongressteilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet sowie Initiativen und Unternehmen wurde die Gelegenheit gegeben, ihre Projekte und Produkte zu präsentieren.

Vorbildrolle

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly betonte bei der Eröffnung in der Fachhochschule Nürnberg, welch hohen Stellenwert der Klimaschutz bei der Stadt Nürnberg hat und wie wichtig das Thema Gebäudeenergieeffizienz geworden ist. Das Stadt-oberhaupt hob dabei vor allem die große Verantwortung und die Vorbildrolle in der kommunalen Klimaschutzpolitik hervor: „Aus diesem Grund wird kommunales Energiemanagement mit seinen verschiedenen Möglichkeiten zur Energie- und Kosteneinsparung immer wichtiger. Der jährliche Kongress der kommunalen Energiebeauftragten leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.“

Nürnbergers Baureferent Wolfgang Baumann erläuterte die Strategien und Erfolge der Stadt Nürnberg beim Thema Gebäudeenergieeffizienz. Anhand von

realisierten Beispielen machte er deutlich, welche Ergebnisse durch eine ganzheitliche Betrachtungsweise bei kommunalen Gebäuden möglich sind: „Ziel energieeffizienten Bauens und Sanierens ist es, bedarfsgerecht, wirtschaftlich, gestalterisch anspruchsvoll sowie Ressourcen schonend und energiesparend optimale Lösungen zu finden. Diese Aufgaben werden vom städtischen Hochbauamt mit dem Kommunalen Energiemanagement (KEM) sehr erfolgreich wahrgenommen.“

Erdgas Dinkelsbühl GmbH:

Zu 100 Prozent in städtischer Hand

Die Stadtwerke Dinkelsbühl haben mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2007 die Geschäftsanteile des Nürnberger Energieversorgungsunternehmens N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg, übernommen.

Die Erdgas Dinkelsbühl GmbH wurde 1985 von der Stadt Dinkelsbühl und der damaligen Mittelfränkischen Erdgas GmbH (MEG) gegründet. Unternehmensgegenstand der Gesellschaft war der Aufbau einer Erdgasversorgung im Gemeindegebiet der Stadt Dinkelsbühl. Gesellschafter sind mit je 50 Prozent die Stadt Dinkelsbühl und die N-ERGIE Aktiengesellschaft. Die Kundenanzahl der Gesellschaft beläuft sich auf rund 1.500.

Neue Wege

Der Verkauf bzw. Kauf der Geschäftsanteile erfolgte im beiderseitigen Einvernehmen und ist begründet durch die unterschiedlichen strategischen Ausrichtungen der Anteilseigner. „Die Stadt Dinkelsbühl hat bei der Erdgasversorgung ihrer Bürger neue Wege eingeschlagen, ebenso möchte sie ihre Strukturen geändert aufbauen. „Daher haben wir uns entschlossen, die Geschäftsanteile an der Erdgas Dinkelsbühl GmbH an die Stadtwerke Dinkelsbühl zu veräußern,“ erläuterte Herbert Dombrowsky, Vorsitzender des Vorstands der N-ERGIE Aktiengesellschaft.

Ökonomische Komponente

Aktives Energiemanagement sei ganz im Sinne der Nachhaltigkeit: Es helfe Städten und Gemeinden gleichzeitig, ihre Klimaschutzziele zu erreichen und zur Entlastung der kommunalen Haushalte beizutragen, erklärte auch Cornelia Rösler vom Deutschen Institut für Urbanistik. Angesichts der defizitären Haushaltslage in der Mehrzahl der deutschen Kommunen sei die ökonomische Komponente des Energiemanagements von besonderer Bedeutung.

Gemeinsames Ziel

„Die Energieeinsparung ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, sondern sie

trägt auch zur Entlastung der angespannten öffentlichen Kassen bei“, erklärte Innenminister Dr. Günther Beckstein. Für die Bayerische Staatsregierung seien Klimaschutz und Energiesparen zentrale Themen, die laufend auf der Tagesordnung stehen. Bereits 2004 hätten Bayerische Staatsregierung und Bund Naturschutz das Klimaschutzbündnis unterzeichnet. Als gemeinsames Ziel für die bayerische Klimapolitik wurde festgeschrieben, den CO₂-Ausstoß von jährlich 92 Millionen Tonnen im Jahr 1998 bis zum Jahr 2010 auf 80 Millionen Tonnen zu reduzieren.

Förderprogramme

Der Freistaat Bayern fördere die Senkung des CO₂-Ausstoßes mit verschiedenen Programmen. So würden unter anderem Untersuchungen, Konzepte und Pilotvorhaben der Kommunen zur Energieeinsparung, die energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe, die Entwicklung und Anwendung neuer Energietechnologien und Untersuchungen, die dem Ziel der rationelleren Gewinnung und Verwendung von Energie bzw. der Energieeinsparung dienen, sowie energetische Sanierungen im Gebäudebestand gefördert.

„Topschwerpunkt“

„Für uns stellt die energetische Sanierung des Gebäudebestandes den Topschwerpunkt des Klimaschutzes dar, weil dort das größte Einsparungspotential mit unmittelbarer Klimaschutzwirkung wirtschaftlich erschließbar ist“, hob Beckstein hervor. Fast 40

Prozent der Energie wird in Bayern für Heizung und Warmwasser verbraucht. „Baulicher Wärmeschutz, effiziente Heizungs- und Warmwassersysteme und die Nutzung von regenerativen Energien sind die Grundbausteine für eine rationelle Energienutzung“, führte Beckstein aus.

Energetische Sanierung des Gebäudebestandes

Laut Beckstein „konnten wir seit Beginn der 90er Jahre den Energieverbrauch unseres eigenen staatlichen Gebäudebestandes um deutlich mehr als 15 Prozent reduzieren“. Diese erfreuliche Entwicklung habe sich in den vergangenen Jahren, trotz einer weiteren Zunahme des Gebäudebestandes, stabilisiert. Zusätzlich führte die Umstellung auf andere Energieträger zu einer weiteren Reduzierung der CO₂-Emissionen. Zudem soll durch ein flächendeckendes Energiemanagement, d. h. durch die Erfassung, Auswertung und Optimierung aller Verbrauchsdaten, der effiziente Umgang mit Energie und Energiekosten gesichert werden.

Pilotprojekt

Derzeit werde hierzu ein Pilotprojekt an rund 20 staatlichen Gebäuden durchgeführt. Der Freistaat Bayern gebe auch Impulse für den privaten Wohnungsbau. So versuche die Oberste Baubehörde mit dem „Bayerischen Modernisierungsprogramm“ das Einsparpotential im Geschoßwohnungsbau, vor allem der 60er und 70er Jahre, zu erschließen. Hierzu würden die Programme der Kreditanstalt für Wieder-

aufbau durch ergänzende Fördermittel der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt noch weiter vergünstigt. Rund 5.000 Mietwohnungen in Bayern würden so pro Jahr energetisch saniert.

Modellvorhaben

Durch die Modellvorhaben „Ökologischer Wohnungsneubau“ und „Ökologische Modernisierung“ im Experimentellen Wohnungsbau seien unterschiedliche Konzepte von der umfassenden Dämmung über optimierte Lüftungstechnik und Anlagentechnik bis hin zu High-Tech-Systemen mit Solar- und Geothermienutzung erprobt worden, fuhr Beckstein fort.

Der CO₂-Ausstoß der Siedlungen konnte so um rund 80 Prozent gesenkt werden. Auch in der Städtebauförderung sei die energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden in vielen der rund 800 Sanierungsgemeinden fester Bestandteil. „Wir wollen auch die Besitzer von Ein- und Zweifamilienhäusern zum Energiesparen anregen“, betonte Beckstein.

Energieportal

Beratungs- und Fördermöglichkeiten zur Energieeinsparung in Neubau und Bestand, Vorschriften und aktuelle Veranstaltungen sind im Energieportal der bayerischen Staatsregierung abrufbar. Das Energieportal wird auch, mit regionaler Schwerpunktsetzung bei den Internetpräsentationen der einzelnen Bezirksregierungen veröffentlicht, um so flächendeckend in ganz Bayern gezielte Informationen vor Ort anzubieten. **DK**



LBS
Bausparkasse der Sparkassen

LBS-Bausparer lieben ihre Freiheit. Und ihr eigenes Zuhause.



Flexibel und ganz ohne Zinsrisiko: Jetzt LBS-Baugeld ab 3,5%* sichern!

Verwirklichen auch Sie Ihren Traum von Unabhängigkeit – mit dem eigenen Zuhause. Wir bringen Ihre Wünsche ins Rollen! Die Baufinanzierung der LBS ist kalkulierbar, flexibel und bietet Ihnen bis zu 25 Jahre Zinssicherheit**.

Für Spießer, Genießer und alle, die es werden wollen!

Ihr Ansprechpartner in den LBS- oder Sparkassen-Geschäftsstellen berät Sie gern.

* Effektiver Jahreszins 3,78% ab Zuteilung des Bausparvertrags. Mindestbausparsumme 50.000 €.
** Die Konditionen der Vorfinanzierung erfahren Sie bei Ihrem Berater.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle



Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!



Bayerische Landessiedlung GmbH

Ihre Ansprechpartner:

Franken:	Herr Grauer	Tel. 0911/ 23 20 929
	Herr von Imhoff	Tel. 0911/ 23 20 920
Oberbayern und Schwaben:	Herr Danninger	Tel. 089 / 23 87-0
Niederbayern und Oberpfalz:	Herr Müllerner	Tel. 0941/ 78 00 116
Regional- und Standortentwicklung:	Herr Streng	Tel. 0921/ 78 42-0

Bilanzpressekonferenz der Lechwerke in Augsburg:

„Wir gestalten Zukunft“

Stabiler Wirtschaftsfaktor mit über 1600 Beschäftigten
Energiebewusstes Verhalten wird gefördert

Augsburg (jdt). Unter dem Motto „Wir gestalten Zukunft“ haben die Lechwerke ein Zukunftsprogramm, als „Antwort auf die Netzregulierung“, gestartet. Grundlage hierfür ist das im Dezember 2006 vereinbarte „Paket zur Beschäftigungssicherung“, in dem sich die LEW verpflichtet haben, auf betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2012 zu verzichten. Hingewiesen wurde in der Bilanzpressekonferenz in Augsburg u. a. auch auf die Verlängerung der Preisgarantie für das Stromprodukt LEW (Avanza) bis zum 30. Juni 2008 für über 200.000 Kunden. Auf Erhöhungen infolge gestiegener Strombeschaffungskosten werde verzichtet.

Die Vorstandsmitglieder Ulrich Kühnl und Paul Waning standen der Presse mit vielseitigen Informationen über die aktuelle Geschäftsentwicklung und zum Jahresabschluss 2006 zur Verfügung. Aufmerksam gemacht wurde auf den besonderen Rang von LEW als großer und stabiler Arbeitgeber mit über 1600 Beschäftigten.

Vorstandsmitglied Kühnl begann seine Rede mit Erläuterungen zum Jahresabschluss 2006 der LEW-Gruppe mit anschließendem Brückenschlag zum handelsrechtlichen Einzelabschluss der LEW AG nach deutschem HGB, der Grundlage für die Dividendenausschüttung.

Die Netzregulierung

Die operative Ergebnisentwicklung habe, so stellte Kühnl fest, im Jahr 2006 im Zeichen der Netzregulierung gestanden. Das betriebliche Ergebnis der LEW-Gruppe sei mit 102,5 Millionen Euro um 10 Millionen Euro unter dem Vorjahresniveau geblieben. Die Bundesnetzagentur habe „unseren Preisantrag mit Wirkung vom 1. Oktober 2006 um 12,2 Prozent gekürzt. Dies entspricht einer jährlichen Erlösminderung im Netzgeschäft von rund 35 Millionen Euro“. Aufmerksam gemacht wurde darauf, dass der Schwerpunkt der Kürzung bei den kalkulatorischen Kosten und der Eigenkapitalverzinsung lag.

Wichtiger Beitrag

Kühnl betonte: „Als Antwort auf den Regulierungseinschnitt im Netzgeschäft haben wir im Dezember mit den Arbeitnehmervertretern ein Paket zur Beschäftigungssicherung vereinbart, das unsere Ergebnisrechnung 2006 mit 25 Millionen Euro belastet hat.“ Das Beschäftigungssicherungspaket leiste einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung der Lechwerke und werde die künftige Ergebnisrechnung mittelfristig um mehr als 5 Millionen Euro p.a. entlasten.

Die operative Ergebnisentwicklung beinhalte im Jahr 2006 allerdings nicht nur Belastungen, sondern auch positive Komponenten, die den Ergebnistrückgang etwas abgemildert hätten. Beim verbesserten Erzeugungsergebnis komme LEW der Anstieg der Großhandelspreise im Markt erneut zugute. Die rückläufige Entwicklung im betrieblichen Resultat schlage sich im Ergebnis vor Steuern durch, das sich um 13 Millionen Euro auf 129,5 Millionen Euro reduziert habe.

Eine Normalisierung

Von einer Normalisierung sprach Ulrich Kühnl beim Blick auf das Finanzergebnis mit 19 Millionen Euro, gegenüber dem hohen Vorjahresniveau (29 Millionen Euro). Im Geschäftsjahr 2005 seien durch Verkäufe und Umschichtung von Wertpapiervermögen außerordentliche Buchgewinne erzielt worden, die die Differenz zu 2006 erklärten. Dagegen habe sich das neutrale Ergebnis um 7 Millionen Euro verbessert.

Ergebnis verbessert

Herausgestellt wurde in dem Bericht, dass sich im Gegensatz zur Entwicklung des Vorsteuerergebnisses das Ergebnis nach Steuern um 13 Millionen Euro auf 121 Millionen Euro verbessert habe. Als ausschlaggebend wurde ein steuerlicher Sonderertrag aus der Änderung des Körperschaftsteuergesetzes im Dezember 2006 angeführt: „Die Neuregelung im Gesetz führt zur Aktivierung des so genannten Körperschaftsteuerguthabens aus vergangenen Jahren in Höhe von 27 Millionen Euro. Der steuerliche Sonderertrag ermöglicht den Vorschlag zur Beibehaltung der Dividende in Höhe von 15 Euro je Aktie“.

Steigerung des Außenumsatzes

Hervorgehoben wurde von Kühnl die Steigerung des Außenumsatzes um 78 Millionen Euro

auf 883 Millionen Euro. Zurückzuführen gewesen sei dies durch einen sprunghaften Anstieg bei der Einspeisevergütung für die dezentrale Stromerzeugung aus regenerativen Energien wie Photovoltaik und Biomasse sowie durch gestiegene Strombeschaffungspreise.

88 Auszubildende

Beachtung fand die fast unveränderte Zahl von 1624 Mitarbeitern (Vorjahr: 1636). Bereinigt um den Verkauf der Berchtesgadener Bergbahn AG ergab sich sogar ein Mitarbeiterzuwachs um 24 Personen. Trotz des sinkenden Eigenbedarfs werden zur Zeit 88 Jugendliche zu Elektronikern für Betriebstechnik, Industriekaufleuten, Fachinformatikern und Köchen ausgebildet.

Region wird gestärkt

Als ein „klares Zeichen für die Zukunft des Standortes Augsburg und für die Region Bayerisch-Schwaben“ wertete Kühnl den Neubau des gewerblichen Ausbildungszentrums an der Betriebsstelle in der Stuttgarter Straße. Mehr als 2,5 Millionen Euro habe man in dem Projekt investiert, das im Juli der Öffentlichkeit präsentiert werde.

Hohe Investitionen

Für Investitionen und Unterhalt der Anlagen habe LEW im Geschäftsjahr 2006 71 Millionen Euro ausgegeben, 4 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor. 56 Millionen Euro (im Vorjahr 44 Millionen Euro) seien als Aufträge in die Region gegangen.

Vorstandsmitglied Paul Waning ging in seiner Rede auf die bundesweit zu beobachtende Belebung des Wettbewerbs durch neue Geschäftsmodelle und veränderte Kundenbedürfnisse ein (Qualität, Sicherheit, Service). Seit November 2006 habe LEW das Stromangebot für die Kunden erheblich ausgeweitet. Zu den Produkten Grundversorgung, Stromprodukt LEW (Avanza) und dem Wärmestromprodukt LEW (Wärme) seien hinzu gekommen das Premiumprodukt LEW (Avanza Komfort), ein regeneratives Stromprodukt LEW (Avanza Aqua Natur) und das Wärmestromprodukt mit vierjähriger Preis-

garantie LEW (Wärme Plus).

Wärmepumpe als bestes Beispiel

Paul Waning unterstrich, dass die Lechwerke seit Jahren energiebewusstes Verhalten unterstützten, so auch mit dem „besten Beispiel Wärmepumpe“. Diese werde mit Strom betrieben und nutze die in der Erde oder Luft gespeicherte Sonnenenergie.

Allein im letzten Jahr habe die Wärmepumpe als öl- und gas-unabhängiges Heizsystem mit extrem verminderter CO₂-Belastung einen enormen Boom erfahren, mit dem Anschluss allein im Netzgebiet der LEW von 838 Wärmepumpen. Insgesamt gebe es im Bereich der Lechwerke nun über 5000 Wärmepumpen. Bundesweit sei der Absatz von Wärmepumpen allein im letzten Jahr um fast 44.000 gestiegen.

Hervorragender Beitrag zum Klimaschutz

Im Netzgebiet der LEW, in Bayerisch-Schwaben, entscheide sich knapp jeder dritte Hauslehaber bei der Beheizung seines Eigenheims für eine Wärmepumpe.

Waning verhehlte nicht seine Freude: „Das ist in unseren Augen einer der besten Beiträge zum Klimaschutz... und deshalb werden wir auch in Zukunft dieses Heizsystem fördern. Die Lechwerke versprechen jedem Kunden, der sich für die Wärmepumpe entscheidet, ein Jahr lang kostenlosen Strom... eine Gemeinschaftsaktion von Her-

Windenergie:

Auch Bayern hat gute Standorte

BWE-Präsident zu Gast bei OSTWIND-Gruppe

Der Klimawandel macht auch vor Bayern nicht halt. Der Bundesverband WindEnergie (BWE) begrüßt daher die Ankündigung von Ministerpräsident Edmund Stoiber, Bayern zum europäischen Spitzenreiter beim Klimaschutz zu machen. Der BWE fordert jedoch die Staatsregierung auf, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Gerade bei der Umstellung auf eine nachhaltige Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien hat das Land noch gewaltigen Nachholbedarf. Dies bestätigen auch die bayerischen Unternehmen aus der Windbranche: „Weltweit wird unser Know-how bei der Nutzung der Windkraft abgerufen - nur im Freistaat nicht“, heißt es bei der in Regensburg ansässigen OSTWIND-Gruppe.

Laut Peter Ahmels, Präsident des BWE, gibt es in der Oberpfalz und in ganz Franken etwa viele sehr gute Standorte für Windkraftanlagen. Hier sei Windstrom-Erzeugung besonders günstig. Und mit modernen Windkraftanlagen ließen sich auch vermeintlich schwache Standorte ausgezeichnet nutzen.

„Der Klimawandel stellt uns alle vor neue Herausforderungen. Was nützt der beste Landschaftsschutz, wenn die Landschaft dem veränderten Klima zum Opfer fällt?“, so Ahmels. Wie die Natur auf Schutzflächen angewiesen sei, so brauche auch das Klima eigene Klimaschutzflächen. „Auf diesen Flächen müssen wir erneuerbare Energien nutzen wie etwa die Windkraft.“

Enorme Möglichkeiten

Gerade bei der Windenergie schlummerten in Bayern noch große Potenziale: Ende 2006 waren hier lediglich 315 Anlagen mit einer Leistung von 339 Megawatt (MW) installiert. Das sind nur 1,5 Prozent der deutschlandweit installierten Windkraftleistung von 20.622 MW.

Ahmels: „Windenergie ist die günstigste erneuerbare und saubere Stromquelle. Sie ist technologisch ausgereift, vermeidet viel CO₂ und dämpft die Preise an der Strombörse. Eine moderne Windenergieanlage kann heute an einem durchschnittlich windigen Standort 15 Millionen Kilowatt-



In der Bilanzpressekonferenz der LEW in Augsburg betonten die Vorstandsmitglieder Paul Waning (links) und Ulrich Kühnl: „Die Lechwerke bleiben ein stabiler Wirtschaftsfaktor in der Region.“ Bild: -jdt-

stellen, Handwerkern und LWE.“ Ausgebaut werden die Beratungen vor Ort, auch in Rathäusern und Gemeinden.

Eindrucksvolle Gesamtwertschöpfung

Eindrucksvoll nannte Waning die Gesamtwertschöpfung für die Region durch LEW, mit einer Steigerung gegenüber 2005 um 81 Millionen Euro auf 365 Millionen Euro. Er verwies auf folgende Komponenten: Lohn- und Gehaltszahlungen 124 Millionen Euro, Ausbildungsauf-

wand 3 Millionen Euro, Steuern 13 Millionen Euro. Konzessionsabgaben für die Kommunen 24 Millionen Euro, Ausschüttungen an regionale Anteilhaber, insbesondere an den Bezirk Schwaben 4 Millionen Euro, Aufträge in die Region 56 Millionen Euro, Zahlungen an die regionalen Einspeiser regenerativer Energien 140 Millionen Euro, Sponsoringausgaben 1 Million Euro. Waning bekräftigte zum Schluss: „Die Lechwerke werden auch in Zukunft ein stabiler Wirtschaftsfaktor in der Region bleiben.“ □

Frosttage halbiert sich dagegen.

Hintergrund

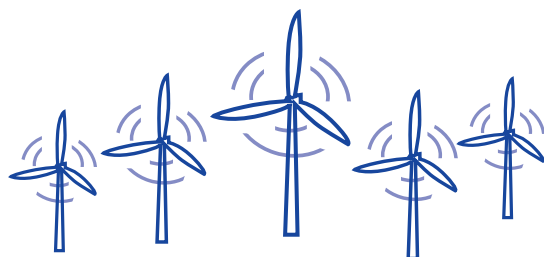
In Deutschland kommen mit 73,2 Milliarden kWh 11,9 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen. Allein die Windkraft deckt mit 30,5 Milliarden kWh über fünf Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Die Windkraft-Industrie will bis zum Jahr 2020 ihren Anteil auf über 20 Prozent steigern. Allein 2006 vermied allein die Windstrom-Produktion 26,1 Millionen Tonnen CO₂, das ist wesentlich mehr als Industrie und Energiewirtschaft gemäß Emissionshandel bis 2012 insgesamt einsparen müssen. Doch bei der Vermeidung einer Tonne CO₂ ist die Windenergie 25 mal günstiger als der Emissionshandel. □

Potenzial für Sonnenenergie

Eine von der Europäischen Kommission veröffentlichte Landkarte zeigt das Photovoltaik-Potenzial Europas. Europa verfügt über ein erhebliches Potenzial für eine stärkere Nutzung der Solarenergie. Mit dem interaktiven geographischen Photovoltaik-Informationssystem (PVGIS), das von der Gemeinsamen Forschungsstelle entwickelt wurde, können Nutzer außerdem die Sonnenenergieleistung überall in Europa einschätzen. Die in der Landkarte enthaltenen Angaben zeigen, dass ein und dasselbe Solarsystem in den sonnigen Gegenden Europas, etwa auf Malta und in Spanien, doppelt so viel Energie wie in Schottland oder Nordskandinavien erzeugen wird. Die Landkarte erlaubt darüber hinaus eine sehr genaue Berechnung der Energiemenge, die an einem beliebigen Standort Europas und seiner Nachbarregionen erzeugt werden kann. □

Der Preis ist heiß

Das kann uns die Zukunft kosten



Und das kostet nicht die Welt

Heimische Ressourcen machen uns unabhängig von Energieimporten – sicher, günstig, klimafreundlich.

OSTWIND

OSTWIND-Gruppe
93047 Regensburg · Dänzergasse 8
Tel. 0941 55516 · Fax 0941 55526
info@ostwind.de · www.ostwind.de

Umweltstaatssekretär Dr. Otmar Bernhard:

Bayern unter „klimafreundlichsten Regionen Europas“

Modernes Informationszentrum des Kernkraftwerkes Gundremmingen eingeweiht
22. Kernkraftwerksgespräch / Kritik an „Rot-Grün“

Gundremmingen (jdt). „Das Ziel Bayerns ist weiterhin ein breiter Energiemix durch eine sinnvolle Kombination verschiedener Energieformen, die Risiken einseitiger Technologie- und Importabhängigkeiten minimiert und andererseits hilft, die ehrgeizigen Klimaschutzziele zu erreichen. Hierzu gehören der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke.“ Mit dieser Grundsatzklärung zur Energiepolitik fand Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz viel Aufmerksamkeit beim 22. Kraftwerksgespräch im Kernkraftwerk Gundremmingen.

Bernhard übte deutliche Kritik an der rot-grünen Orientierung. Unter den heutigen Vorzeichen sei die prinzipielle Offenheit für alle Möglichkeiten der Energieerzeugung erforderlich. Mit der Veranstaltung verbunden war die offizielle Wiedereröffnung des modernisierten und neu gestalteten Informationszentrums.

In 30 Jahren
570.000 Besucher

Dr. Bläsigg stellte zum Auftakt der Veranstaltung vor zahlreichen Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und öffentlichem Leben fest, das vollständig überarbeitete Informationszentrum sei mit einem Aufwand von rund einer halben Million Euro ausgestattet worden mit neuem Design, vielen interaktiven Elementen, Originalexponaten aus dem Kraftwerk, Modellen und Infotafeln.

Beitrag zur
sachlicheren Diskussion

Geboten werde insgesamt ein Beitrag zur Versachlichung der

Erste Freisinger Energiespartage

Energiepreise außer Kontrolle - Podiumsdiskussion mit kommunalen Vertretern

„Die Region spart Energie“ hieß es bei der Premiere der „Freisinger Energiespartage“ in der Luitpoldhalle. Sehr informativ gestaltete sich dabei die Podiumsdiskussion „Energiepreise außer Kontrolle - So sparen unsere Gemeinden Energie“. Fünf Städte und Gemeinden des Landkreises präsentierten dabei ihre innovativen Ideen.

Dass sich die Stadt Freising rechtzeitig rüsten wird und sämtliche Möglichkeiten ausschöpft, um autark zu werden, darauf verwies zunächst Oberbürgermeister Dieter Thalhammer. Wer wisse schließlich, was aus dem E.ON-Kraftwerk in Zolling wird?

Aktivitäten in der Domstadt

Als Beispiele für die vielfältigen Aktivitäten in der Domstadt nannte Thalhammer das von der Lokalen Agenda 21 erarbeitete Energieleitbild, die 1200 Meter lange Photovoltaik- und Schallschutzanlage entlang der A 92, und, als Schwerpunkt für die Innenstadt, die bereits mehrfach im Stadtrat diskutierte zentrale Nahwärmeversorgung für das Rathaus, das Stauerhaus, den Asamtrakt, das Marcushaus und das alte Gefängnis.

Echinger Beitrag

Für Eching erläuterte Bürgermeister Josef Riemensberger, in welchen Bereichen seine Gemeinde ihren Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes leistet: „Als Mitglied im Zweckverband Eching/Neufahrn sichern wir mit der zum Biomassekraftwerk umgebauten, im Jahr 2000 stillgelegten Müllverbrennungsanlage die Fernwär-

Energiediskussion. Dargestellt werde die ganze Bandbreite der heutigen Energieversorgung. Zur ausführlichen Erläuterung der Kernenergie kämen die anderen Energieträger sowie „Energiemix“ und „Zukunft der Stromversorgung“. Ungeachtet des Umbaus seien 2006 etwa 8000 Besucher in das Infozentrum gekommen. Seit dessen Bestehen habe man in den vergangenen fast 30 Jahren rund 570.000 Besucher informiert.

„Zukunftsthema Nr. 1“

In seiner Festansprache betonte Staatssekretär Dr. Bernhard, dass sich die Bayerische Staatsregierung dem „Zukunftsthema Nr. 1, der Energiepolitik“, offensiv stelle. Unabdingbar sei, auf eine nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz durch sparsamen und effizienten Einsatz von Energie und Ressourcen, auf eine zunehmende Nutzung alternativer Energieformen und auf die Verringerung Emissionen zu setzen.

Spitzenplatz des Freistaats

Mit sichtlicher Genugtuung machte Dr. Bernhard darauf aufmerksam, dass Bayern bereits heute mit CO₂-Emissionen von weniger als sieben Tonnen pro Kopf und Jahr zu den „klimafreundlichsten Regionen Europas“ gehöre und um knapp ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt liege. Zu verdanken habe Bayern diesen Spitzenplatz auch den hohen Anteilen der CO₂-freien und CO₂-neutralen Energieträger Wasser, Sonne, Biomasse, Erdwärme, Wind- und Kernenergie bei der Stromerzeugung.

Sicherheit hat Priorität

Von Dr. Bernhard wurde die Überzeugung bekräftigt, dass die im In- und Ausland, auch im ehemaligen Ostblock, stark beachteten klimapolitischen Ziele Bayerns ohne eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke nicht erreichbar seien. Dabei gelte, so das Mitglied der Staatsregierung, in Bayern „Sicherheit hat oberste Priorität ... Wenn aber Sicherheit gegeben ist, dann sollten die Kernkraftwerke auch genutzt werden können, um eine mögliche Versorgungslücke zu überbrücken“.

Warnung vor
deutscher Isolation

Sein Unverständnis gegenüber der politischen Ausrichtung von „Rot-Grün“ formulierend, verwies Dr. Bernhard darauf, dass weltweit zahlreiche neue Kernkraftwerke gebaut würden. Deutschland müsse gewarnt werden vor einer Isolierung, zumal in der Bevölkerung die „Akzeptanz von Kernkraft wächst“.

Dem Kernkraftwerk Gundremmingen gratulierte Staatssekretär Dr. Bernhard zu einem „sehr erfolgreichen Jahr“, verbunden mit dem Glückwunsch zu dem hervorragenden Informationszentrum.

Hohes Versorgungsniveau erhalten

Ebenso wie Dr. Bernhard setzte sich RWE-Power-Vorstand Dr. Gerd Jäger für eine sachliche Diskussion und die Überprüfung des von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Ausstiegs aus der Kernkraft ein: „Damit das hohe Versorgungsniveau in Deutschland erhalten bleiben kann, ist

legen, dort eine Wandheizung einzubauen“, bemerkte das Gemeindeoberhaupt. Ähnliche Heizsysteme seien schon aus der Römerzeit bekannt. Da das Gebäude abseits liege, sei eine einfache, praktikable Lösung erforderlich. Deswegen überlege man, die Maßnahme mit einer Luft-Wärme-Pumpe zu kombinieren.

„Sonne für Moosburg“

„Sonne für Moosburg“ heißt wiederum die Formel für ein umweltpolitisches Vorzeigeprojekt der Drei-Rosen-Stadt, das Stadtrat und Umweltreferent Dr. Michael Stanglmaier präsentierte.

Soziale Komponente

Eine Kooperation zahlreicher Initiativen und Firmen fördert seit rund vier Jahren Solarinvestitionen von Bürgern der „So-

eine Menge zu tun“. Nötig seien zur Sicherstellung der zukünftigen Energieversorgung Milliarden Investitionen in Kraftwerke und Netze. Dem Klimawandel und seinen bedrohlichen Folgen müsse entschieden begegnet werden.

Energiekonzept gefordert

Jäger plädierte nachdrücklich für einen Umgang aller Beteiligten mit der großen Bedeutung einer sicheren Stromversorgung für den Standort Deutschland. Gebraucht werde dringend ein Energiekonzept, das die bestehenden Widersprüche aufläre; „Um die Zeit zu überbrücken, die die Bundespolitik für die Erarbeitung dieses Energiekonzeptes benötigt, hat die Branche Anträge auf Strommengenerübertragung für verschiedene Kernkraftwerksblöcke gestellt. Somit müssen bis zur Klärung der Frage, wie die Kernenergie angesichts der anspruchsvollen Ziele insbesondere beim Klimaschutz ersetzt werden soll, heute keine irreversiblen Tatsachen durch Abschaltung von Kraftwerksblöcken geschaffen werden“.

Ausstieg
„unverantwortlich“

Jäger setzte sich für die Versachlichung der Diskussion in Deutschland ein. Die Betreiber der Kernkraftwerke stünden hierbei als kompetente Ansprechpartner zur Verfügung. Im übrigen dürfe nicht übersehen werden, dass weltweit eine steigende Nachfrage nach Strom herrsche. Unter Berücksichtigung der Gesamtverantwortung der Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands nannte Jäger den Ausstieg aus der Kernenergie „unverantwortlich“.

Beste Bilanz

Der Technische Geschäftsführer des Kernkraftwerkes Gundremmingen, Dr. Helmut Bläsigg sprach in abschließenden Rückblick auf 2006 von einem „ereignisreichen Jahr, mit der besten bisher erzielten Produktionsbilanz in der Betriebsgeschichte des Standortes“. In den Blöcken B und C habe man mit einer umweltfreundlichen Stromerzeugung von rund 21,7 Milliarden Kilowattstunden mehr als ein Viertel des bayerischen Strombedarfes gedeckt und Bayerns Atmosphäre um über 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid entlastet. Mit 11,1 Milliarden Kilowattstunden sei Block C unter den „Top Ten“ weltweit gewesen.

Technologiezentrum bis 2008

Hingewiesen wurde von Dr. Bläsigg darauf, dass im ehema-

larstadt Moosburg“ und will damit Sonnenenergie und Energieeinsparungen attraktiv machen. Ein echtes Highlight des Projekts ist dessen soziale Komponente: Pro neuem Kollektor gehen fünf Euro auf ein Sonderkonto.

Hallbergmooser Initiativen

Dass auch Hallbergmoos beim Einsatz von regenerativen Energien bereits viel erreicht hat, konnte Gemeinderat und Umweltreferent Dr. Georg Schu berichten. Um Energiekosten zu sparen und Unabhängigkeit zu gewinnen, würden die öffentlichen Liegenschaften untersucht und Neubauten auf niedrigem Bedarfsniveau geplant, beschrieb der Leiter eines Ingenieurbüros für Energie- und Umwelttechnik die vielfältigen Initiativen der Gemeinde, durch die Hallbergmoos sich ganz vorne in der Solarbundesliga platziert habe. **DK**



Gaben den Weg frei - von links: Kaufmännischer Geschäftsführer Georg Büth, Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Gerd Jäger, Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard, Technischer Geschäftsführer Dr. Helmut Bläsigg, Landtagsabgeordneter Alfred Sauter, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Erich K. Steiner, Bürgermeister Wolfgang Mayer, Gundremmingen. Bild: jdt-

ligen Maschinenhausbereich von Block A bis zum Jahr 2008 für sechs Millionen Euro ein Technologiezentrum entstehen soll. Es werde mit keiner zusätzlichen radioaktiven Belastung für den Standort verbunden sein.

Den besonderen Rang als Wirtschaftsfaktor in der Region

verdeutlichte Bläsigg u. a. mit dem Tatbestand, dass bisher in den laufenden Betrieb der beiden Blöcke über zwei Milliarden Euro investiert wurden. Im Jahr 2007 wird es im Kraftwerk erneut rund 180 Millionen Euro Investitionen für Betrieb, Instandhaltung und Modernisierung geben. **□**

Hier kommt Pep in Ihr Business 2007

www.nuernbergmesse.de/termine
www.nuernbergglobalfairs.com

akademika	20.06.–21.06.
Altenpflege+ProPfleger	20.03.–22.03.
Bayerischer Sicherheitstag	20.06.–21.06.
Berufsbildung	10.12.–13.12.
BioFach°	15.02.–18.02.
BRAU Beviale	14.11.–16.11.
ConSozial	07.11.–08.11.
CRM-expo	07.11.–08.11.
ELTEC	20.06.–22.06.
e_procure & supply	25.04.–27.04.
embedded world	13.02.–15.02.
EUROPEAN COATINGS	
SHOW	08.05.–10.05.
FachPack	25.09.–27.09.
HOGA	14.01.–17.01.
IENA	01.11.–04.11.
Internationaler Hörgeräte-Akustiker-Kongress	17.10.–19.10.
ISGATEC	27.03.–29.03.
IWA & OutdoorClassics°	09.03.–12.03.
Kommunale	10.10.–11.10.
Kongress der Deutschen Ophthalmochirurgen	17.05.–20.05.
LogIntern	25.09.–27.09.
Mailingtage	13.06.–14.06.
PARTEC	27.03.–29.03.
PCIM	22.05.–24.05.
POWTECH	27.03.–29.03.
SENSOR+TEST	
DIE MESSTECHNIK-MESSE	22.05.–24.05.
SMT/HYBRID/PACKAGING	24.04.–26.04.
Spielwarenmesse	
International Toy Fair	
Nürnberg°	01.02.–06.02.
SPS/IPC/DRIVES	27.11.–29.11.
Stone+tec	06.06.–09.06.
TechnoPharm	27.03.–29.03.
Vivaness°	15.02.–18.02.
Werkstätten:Messe	22.02.–25.02.

Auszug; alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten
° Nur für Fachekäufer mit Legitimation

NÜRNBERG MESSE

Für weitere Informationen rufen Sie uns einfach an: 09 11.86 06-89 98

Bürgermeisterdienstversammlung / Landkreis Bamberg:

Bloße Insellösungen vermeiden!

Eine umfangreiche Palette aktueller Informationen stand auf der Tagesordnung der jüngsten Dienstversammlung der Bürgermeister im Landratsamt Bamberg. Die Themen reichten dabei von der Hauptschulreform über das Freiwillige Soziale Schuljahr bis hin zu staatlichen Förderprogrammen sowie der Vorstellung des neuen Kreishaushaltes.

Einen Themenschwerpunkt bildete erneut die künftige Entwicklung der Hauptschulen im Landkreis Bamberg. Hierzu betonte Landrat Dr. Günther Denzler: „Mein Ziel war und ist es, Wege für eine regional sinnvolle Zusammenarbeit untereinander zu finden, die zum Erhalt unserer Hauptschulen und nicht zu ihrer Auflösung führen.“ Er regte an, zukunftsorientierte Lösungen anzustreben und in einem schlüssigen Gesamtkonzept tragfähige regionale Kooperationsmodelle zu entwickeln.

Hauptschulinitiative

Vor diesem Hintergrund referierte Schulamtsdirektorin Gisela Bauernschmitt zu den Zielsetzungen und strukturellen Auswirkungen der vom Bayerischen Kultusministerium gestarteten Hauptschulinitiative. Diese stel-

Antrag gegen Landrat Nagler:

Amtsenthörung gefordert

Eine vorläufige Amtsenthebung des Landrates von Bad Tölz, Manfred Nagler, forderte für die SPD-Kreistagsfraktion deren Sprecher, Fabian von Xylander, in der jüngsten Sitzung des Kreis Ausschusses. Gleichzeitig verlangte Xylander ein Disziplinarverfahren gegen den Landrat, der seit Wochen gemeinsam mit einem politischen Intimus landesweit für Schlagzeilen sorgt. Anlass hierfür bot der Prüfbericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, der beiden Kommunalpolitikern das gezielte Verschleudern von Millionenbeträgen bei der dilettantischen Errichtung eines - nicht benötigten - Dienstleistungszentrums attestiert (vgl. GZ Nr. 7, Seite 14). Eine Mitschuld - so der BKPV - müsse allerdings auch für die Aufsichtsräte in Betracht gezogen werden, die ihrer Aufsichtspflicht nicht im vorgeschriebenen Umfang nachgekommen seien. Die Staatsanwaltschaft München II hat Vorermittlungen aufgenommen. □

Die eigene Metropol-Region entdecken

Erholung ganz nah: Um die Bürgerinnen und Bürger anzuregen, Entspannung nicht nur in fernen Ländern, sondern auch in der Metropolregion zu suchen, werden die verschiedenen Angebote nun auch bei publikumsstarken Festen vorgestellt. Die Projektgruppe „Binnentourismus“ des Forums Tourismus der Metropolregion Nürnberg hat in Zusammenarbeit mit zahlreichen regionalen Akteuren aus dem Bereich Tourismus/Freizeit/Naherholung eine entsprechende Reihe zur touristischen Präsentation der Metropolregion für das Jahr 2007 zusammengestellt.

Auftakt wird beim Stadtfest Fürth am 5. Mai 2007 sein. Die Tourismusbörse wird dort in Kooperation mit dem Fürther Marketingverein anlässlich des verkaufsoffenen Samstags veranstaltet. Gerade vor dem Hintergrund des Jubiläumsjahres „1000 Jahre Stadt Fürth“ werden mit einem sehr attraktiven Rahmenprogramm zahlreiche Besucher in der Innenstadt erwartet. „Dies ist eine hervorragende Plattform für unsere Marketingaktivität zur Darstellung der vielfältigen Freizeit- und Erholungsangebote in der Metropolregion“, sagt Andreas Bubmann, Geschäftsführer des Forums Tourismus. Rund 20 Touristikakteure haben sich bislang angemeldet.

Mit dieser Binnenmarketingaktion soll der Besuchstourismus in der Metropolregion gefördert und der Tagestourismus gesteigert werden. Zugleich kann damit auch die Identifizierung der Bürger mit der Metropolregion wachsen.

Ähnliche Aktionen wie in Fürth sind für 2007 bereits vorgesehen beim Altstadtfest Bad Windsheim am 1. Juli, beim Kulmbacher Stadtfest am 7. Juli, beim „Fest der Porzeller“ in Selb am 4. August und beim Baiersdorfer Krenmarkt am 16. September. „Von diesem gegenseitigen Partnerschaftsmarketing werden sicher alle Beteiligten profitieren: Die Veranstalter vor Ort, die regionalen Touristikakteure und die Metropolregion“, so Andreas Bubmann. □

le primär auf einen bedarfsorientierten Ausbau des Ganztags-Schulangebots ab. An zwei- und mehrzügigen Hauptschulen könnten die drei berufsvorbereitenden Profildbereiche und - in der Regel nebeneinander - ein Ganztags- und ein Halbtagszug eingerichtet werden. Der Ganztagszug setze einen entsprechenden Antrag des Schulaufwandsträgers voraus. Bei einzügigen Hauptschulen sei zur Existenzhaltung demgegenüber Zusammenarbeit das Gebot der Stunde.

Kooperation der Kommunen

Landrat Denzler unterstrich, dass die künftige Schullandschaft demnach wesentlich von der Kooperation der Kommunen untereinander abhängt. Vor allem gelte es, bloße Insellösungen zu vermeiden, damit möglichst viele Hauptschulen mit jeweils eigenem Profilschwerpunkt in einer Kooperation verschiedener Verbände bestehen könnten.

Sozialpädagoge Rochus Münzel von der Bamberger Carithek

„Region aktiv“:

Gemeinsame Vermarktung im Visier

Planung für fünf Landkreise Regionaltagung im Kloster Seon

Regionale Lebensmittel und später auch erneuerbare Energien aus den fünf Landkreisen der Region zu vermarkten, ist das Ziel eines Projekts von „Region aktiv“, das jetzt an den Start geht. Die Planung für die Landkreise Traunstein, Berchtesgadener Land, Mühldorf, Altötting und Rosenheim stellte „Region aktiv“-Vorsitzende Elisabeth Widauer aus Burghausen auf einer Regionaltagung im Kloster Seon vor.

Abgewickelt wird die konkrete Vermarktung von einer kürzlich gegründeten GmbH. In jedem der fünf Landkreise wird eine Solidargemeinschaft die Arbeit aufnehmen, die dann gemeinsam einen Dachverband bilden. Selbstvermarkter und Initiativen gibt es reichlich - sie müssen jedoch zu einer größeren Einheit zusammengefasst werden.

Im Landkreis Traunstein wird

skizzierte seinerseits die wesentlichen Ziele, Bausteine und Anforderungen des für Bamberg Stadt und Land initiierten Modellprojektes „Freiwilliges Soziales Schuljahr“, an dem sich gegenwärtig schon 98 Schüler und Schülerinnen mit Einsatzmöglichkeiten in 103 sozialen, kulturellen, sportlichen oder ökologischen Einrichtungen freiwillig beteiligen. Sie sollen dabei ehrenamtliches Engagement in unserer Gesellschaft kennen lernen, praktisch erproben und gleichzeitig entsprechende Anerkennung erfahren.

Baptist Schütz, 2. Bürgermeister des Marktes Zapfendorf, begleitete das Projekt von Anfang an und schilderte seine Erfahrungen: „Unsere Jugend ist besser als ihr Ruf, sie verdient es gefördert zu werden.“ Er forderte die Anwesenden nachdrücklich auf, das Projekt gleichfalls zu unterstützen.

Förderfähige Themenschwerpunkte

Anschließend stellte Geschäftsführerin Dr. Anne Schmitt vom Verein Flussparadies Franken die Kernelemente und Antragsvoraussetzungen für das neu aufgelegte EU-Förderprogramm LEADER vor. Sie erläuterte

terte förderfähige Themen-

schwerpunkte, die u. a. von Radwandern, Kulturangeboten, Ökologie und Umwelt über Mobilität im ländlichen Raum oder ÖPNV bis hin zu Camping bzw. wassergebundener Freizeitnutzung reichen.

Landesgartenschau 2012

Im Rahmen der lokalen Arbeitsgruppe LAG Flussparadies Franken - Bamberger Land seien diverse Schwerpunkt-Projekte im gesamten Kreisgebiet möglich und keineswegs allein auf das Gebiet Flussparadies beschränkt, so Schmitt. Zudem wären die Kriterien durchaus auch für die 2012 stattfindende Landesgartenschau nutzbar. Zusammen mit dem Landrat appellierte die Referentin an die kommunalen Mandatsträger, diese Chance zu nutzen, sich mit geeigneten Projektideen zu beteiligen und sicherte hierbei ihre Unterstützung zu.

Erstmals Doppik

Zum diesjährigen Haushaltsentwurf des Landkreises Bamberg gab Landrat Denzler im Vorfeld einen detaillierten Überblick zur gegenwärtigen Haushalts- und Finanzsituation des Landkreises. Er konkretisierte dabei zugleich reale Hintergründe zur Kreis- und Bezirksumlage, den hohen Schulinvestitionen bzw. zu den Auswirkungen der sog. Hartz IV-Problematik.

Kreiskämmerer Klaus Motschenbacher informierte seinerseits die Anwesenden ausführlich über die wichtigsten Eckdaten im heuer erstmals doppisch, also nach kaufmännischen Gesichtspunkten gestalteten Haushaltsplan.

Drei Tage Zeit für Helden

Bürgermeister Harald Krug, Oberhaid, schilderte schließlich

Goppel eröffnete Ausstellung in Rosenheim:

„Maya - Könige aus dem Regenwald“

Die überregionale Bedeutung der Ausstellungen im Rosenheimer Lokschiuppen betonte Kunstinminister Thomas Goppel anlässlich der Eröffnung der neuen Ausstellung „Maya - Könige aus dem Regenwald“.

Goppel: „Der Lokschiuppen lockt mit einer beeindruckenden Schau über die Kultur der Maya und hat damit die besten Voraussetzungen, an den Erfolg der vorangegangenen Ausstellungen mit stets über 100.000 Besuchern anzuknüpfen.“ Auch dieser Ausstellung liege ein überzeugendes Konzept zugrunde, bei dem Veranschaulichung und Begreifbarkeit eine zentrale Bedeutung hätten. „Die Begegnung mit dem authentischen Objekt ist etwas, das neben dem eigentlichen Erkennt-



Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel bei Landrat Harald Leitherer

Regelmäßiger Austausch vereinbart

Landkreis Schweinfurt. Der neue Präsident des Bezirkstags von Unterfranken, Erwin Dotzel (links), besucht zur Zeit alle unterfränkischen Landräte, um sich nach seiner Wahl vorzustellen und aktuelle Fragen zu besprechen. Sein erster Besuch galt Landrat Harald Leitherer (rechts) als Vorsitzendem der unterfränkischen Landräte. Themen der Besprechung waren die Förderung durch die Kulturstiftung des Bezirks und die Frage der künftigen Zuständigkeit für die Hilfe zur Pflege im ambulanten und stationären Bereich. Beide kamen überein, auch künftig die bereits seit mehreren Jahren gepflegte regelmäßige Aussprache der unterfränkischen Landräte mit dem Bezirkstagspräsidenten fortzusetzen und zu vertiefen. □

die vom Bayerischen Jugendring vom 12. bis 15. Juli 2007 landesweit vorgesehene und von Bayern 3 öffentlichkeitswirksam unterstützte Initiative „3 Tage Zeit für Helden“, bei der der Landrat regional als Schirmherr fungiere. Zusammen mit Landkreischef Denzler bat er um aktive Unterstützung, damit sich im Landkreis möglichst viele Jugendgruppen unterschiedlichster Bereiche bis zum 30. April 2007 für ein geeignetes Projekt beteiligen. Informations- und Koordinationsstelle sei insoweit der örtliche Kreisjugendring. DK

CSU spaltet sich in Coburg

Die Fraktion Christlich Sozialer Bürger (CSB) bildet mit sieben Mitgliedern seit vergangener Montag nach der SPD die zweitstärkste Fraktion im Coburger Rathaus. In der CSU verblieben sechs Stadträte.

Vorausgegangen war ein Zerwürfnis der Christsozialen, bei dem auch das bisherige Führungstrio, Bürgermeister Heinz-Heinrich Ulmann, der ehemalige CSU-Fraktionschef Gerhard Amend und der CSU-Kreisvorsitzende, Rechtsanwalt Christian Müller, der Ortspartei den Rücken kehrte. Alle sieben „Abtrünnigen“ wollen Mitglieder der CSU bleiben; Müller beabsichtigt, sein Amt als Kreisvorsitzender zur Verfügung zu stellen.

Persönliche Attacken

Gegen die verbliebenen CSU-Stadträte erhebt Müller laut Medienberichten schwere Vorwürfe. Sie hätten versucht, als missliebig empfundene Parteimitglieder persönlich zu attackieren und ge-

nisgewinn auch emotional berührt“, so Goppel. Besonders hob der Minister hervor, dass die Ausstellung und ihr Katalog nicht mit dem historischen Untergang einer Kultur endeten, sondern auch den Bogen schlugen zum heutigen Leben der Nachfahren der Maya.

Die Kultur der Maya, die ihre Blütezeit während des europäischen Mittelalters erlebte, prägte die Halbinsel Yucatán und das Gebiet der heutigen Staaten Guatemala, Mexiko, Belize, Honduras und El Salvador. □

zielt auszugrenzen. Durch einen einflussreichen Unternehmer sei die CSU-Rumpf-Fraktion fremdgesteuert.

Eskaliert ist der Streit im Vorfeld eines Bürgerentscheids, bei dem am kommenden Sonntag über den Standort der neuen Coburger Veranstaltungshalle abgestimmt werden soll. Während sich die Rest-CSU gemeinsam mit dem nur partiell beliebten Unternehmer für eine innerstädtische Situierung stark macht, votiert SPD-Oberbürgermeister Norbert Kastner für einen Standort außerhalb der Stadt. „Für beide Plätze gibt es gute Argumente“, so Müller. Er bedauert, dass die CSU-Stadträte nicht mehr an Kompromissen interessiert seien, sondern nur noch an den Weisungen des Unternehmers. □

Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherriele (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlufstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
76,10 zzzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
38,25 zzzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) 27,- zzzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und
Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse
GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Blickpunkt Feuerwehr

Arbeitstagung der Regierungspräsidenten im Landkreis Forchheim

Auf Einladung des Regierungspräsidenten von Oberfranken, Wilhelm Wenning, trafen sich der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, Ministerialdirektor Günter Schuster, und die sieben bayerischen Regierungspräsidenten zu einer gemeinsamen Arbeitstagung in Schlafhausen, Landkreis Forchheim. Bei dieser zweimal jährlich stattfindenden Dienstbesprechung standen hochaktuelle Themen wie das neue Feuerwehrgesetz auf der Tagesordnung.

Der Freistaat will das hohe Leistungsniveau der bayerischen Feuerwehren auch in Zukunft sicherstellen. Dazu hat das Kabinett die Modernisierung und Flexibilisierung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes beschlossen. Geht es nach den Vorstellungen der Regierungspräsidenten, soll spätestens zehn Minuten nach dem Alarm eine Feuerwehr am Unglücksort eintreffen. Dies, so die Präsidenten, dürfe freilich keine „Rechtspflicht“, sondern nur eine „Planungsgröße“ werden. Andernfalls würden die Kosten rapide steigen, weitere Feuerwachen könnten nötig werden.

Zweckverbände

Vor dem Hintergrund, dass es auch Nachwuchsprobleme in den Ortswehren gibt, wurde angeregt, dass sich die Gemeinden zu Zweckverbänden zusammenschließen, um gegenseitig auf aktive Kräfte zurückgreifen zu können. Damit werde auch die Möglichkeit geschaffen, überörtliche Feuerwehren zu bilden. Wenning zufolge geht dies so weit, dass man nicht nur im Wohnort zur Verfügung steht, sondern auch an dem Ort, an dem

man arbeitet. Auf diese Weise könnten die Kommunen auch gemeinsam teure Spezialgeräte und Fahrzeuge anschaffen.

Freistellungsanspruch

Auch kann auf Antrag künftig die Ausübung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres zugelassen werden. Bisher lag die Grenze bei 60 Jahren. Hilfreich soll zudem sein, dass man einen Freistellungsanspruch für volljährige Schüler und Studenten verankert, wie er bislang im Ernstfall den Feuerwehrmännern als Arbeitnehmern zugestanden ist. Die Anerkennungs- und Anordnungsbefugnisse für Werkfeuerwehren werden bei den Bezirksregierungen zusammengeführt, die Kreisverwaltungsbehörden geben diese Aufgabe ab. Freuen dürfen sich die Wehren darüber, dass die Richtlinien zur Bezuschussung vereinfacht, der Prüfungsaufwand kleiner und der Verwendungsnachweis erleichtert werden sollen.

Videoüberwachung

Außerdem verständigten sich

die Regierungspräsidenten darauf, dass die Videoüberwachung im öffentlichen Raum, die durch jüngste Urteile erschwert wird, weiter möglich sein soll. Konsequenzen ziehen die Bezirke dagegen aus den Lebensmittel-skandalen der vergangenen Jahre: Die Regierungschefs beabsichtigen, die Kontrolle mancher Unternehmen zu übernehmen. So soll das Forchheimer Landratsamt künftig „gefährdete“ Betriebe - etwa jene, die große Kühlräume haben - wie auch Firmen, die bereits negativ aufgefallen sind, an die drei Kontrolleure des Bezirks „abgeben“. Deren Arbeit bleibt Präsident Wenning zufolge überschaubar. Er rechnet mit „15 bis 20 Betrieben in Oberfranken“, um die sie sich kümmern werden.

Schulreform

Weiteres Thema war schließlich die Schulreform, die auch in Oberfranken bis Ende 2007 „bereinigt“ sein soll. Wie Wenning feststellte, werde der Bereich Schule sowohl die Regierungsbehörde als auch die Öffentlichkeit noch weiter beschäftigen. Insbesondere im Norden und Osten des Bezirks gingen die Schülerzahlen drastisch nach unten.

Am Tag 2 des Treffens waren die Regierungspräsidenten Gäste von Forchheims OB Franz Stumpf, der sie durch die Kaiserpfalz als ein gelungenes Beispiel öffentlicher Sanierung führte. Nach dem Erwerb durch den Freistaat ist der Museumsbau mit erheblichen Mitteln, auch Zuschüssen von Land und Bezirk, zu einer Kulturpfalz umgewandelt worden. DK

Europäische Union:

Wichtiger Partner der Region

Informationsbesuch von MdEP Manfred Weber bei der Regierung von Niederbayern

Im Mittelpunkt eines Informationsbesuchs, den der niederbayerische Europaabgeordnete Manfred Weber der Regierung von Niederbayern abstattete, stand die Erörterung der in der abgelaufenen Förderperiode durch die Regierung ausgeschütteten europäischen Fördermittel. Zudem informierte Weber über den aktuellen Genehmigungsstand der Bayerischen Förderprogramme bei der EU-Kommission. Aus diesem Anlass stellte Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger auch die neue Koordinatorin für EU-Förderungen, Martina Westermaier vor. Die Juristin fungiert als Kontaktstelle für entsprechende Informationen.

Manfred Weber zeigte sich überzeugt, dass die Regierung mit dieser Koordinatorenstelle einen Schritt in die richtige Richtung getan habe. „Angesichts der Entwicklung in Oberösterreich und Böhmen ist es wichtig, dass Politik, Behörden und Wirtschaft den Blick vermehrt auf die europäische Ebene richten.“

Wichtige Rolle

Hier komme der Regierung in Zukunft eine wichtige Rolle zu, um die Bedürfnisse und Wünsche der Kommunen nach regionalen Managementstrukturen zu koordinieren und zu unterstützen: „Die Europäische Kommission und ich als regionaler Vertreter im Parlament wünschen und unterstützen diese Entwicklung, sowohl finanziell als auch ideell.“

Die Europäische Union war bereits in den vergangenen sieben Jahren ein wichtiger Partner der Region, wie die Zahlen, die Regierungspräsident Zitzelsberger für die Strukturperiode 2000 bis 2006 darlegte, eindrücklich belegen. Über die Regierung von Niederbayern wurden in diesem Zeitraum knapp 162 Mio. Euro an europäischen Fördermitteln auf den Regierungsbezirk verteilt.

Dabei lag der Schwerpunkt im Bereich des Europäischen Fonds

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Wisst ihr was? Manchmal hätte ich große Lust zu verbieten, dass neue Vorschläge über Verbote gemacht werden.“ Mein Chef, der Bürgermeister, machte seinem Ärger über die dauernden Pressemeldungen Luft, in denen ein Verbot nach dem anderen gefordert wird.

Das Verbieten verbieten? Ein lustiger Gedanke in einem Land, das schon jetzt eine ausgefeilte Verbotskultur auszeichnet. Schon als Kinder werden wir durch Schilder wie „Ballspielen im Hof verboten“ oder „Es ist untersagt, den Rasen zu betreten“ konditioniert. Und auch als Erwachsene handeln wir doch eher nach dem hasenfüßigen Motto „Was nicht ausdrücklich erlaubt ist, ist verboten“, als nach dem selbstbewussten „Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt“.

Aber jetzt rollt ja geradezu eine Verbotsankündigungs- und Verbotsforderungswelle

Das Verbot verdoppelt den Genuss

über uns hinweg. Alles Mögliche soll verboten werden: Vor allem natürlich das Rauchen - in öffentlichen Gebäuden, in der Eisenbahn und in früher als Teil der Privatsphäre angesehenen Orten wie Restaurants. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung schlug sogar vor, das Rauchen im Auto zu verbieten - im Übrigen ein netter Kontrapunkt zu ihrer Forderung, Drogensüchtigen künftig Stoff generell auf Kosten der Allgemeinheit abzugeben. Minderjährige sollen keinen Alkohol mehr trinken dürfen und Saufparties müssten unterbunden werden. Also Schluss mit den Initiationsriten, die schon in Karl Valentins „Firming“ beschrieben wurden, als der Titel „held“ von seinem Firmpaten seine erste Maß spendiert bekam. Vor lauter Lust am Verbot wird selten die Frage gestellt, ob ein 16-Jähriger, der sich die Birne mit Tequila zudröhnt, nicht eher einen Psychologen als einen Gaststättenkontrolleur nötig hat.

Der Verkauf von gewalttätigen Computerspielen soll verboten werden, obwohl man sich das abscheulichste Zeug schon heute vor allem direkt von Servern auf den Computer lädt, die dem Zugriff unserer Gendarmen entzogen sind. Daneben stehen auch Glühbirnen, das schnelle Fahren auf Autobahnen und der Flug in die Ferien auf der Liste der guten Menschen, die uns mit Verbots- und Verbotsforderungen noch besseren Zeitgenossen machen wollen.

Noch viel erstaunlicher als die Phantasie der Leute, die sich solche Verbotsorgien ausdenken, ist die kritiklose Akzeptanz, ja manchmal gar fanatische Begeisterung, mit der Verbotsforderungen in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden. Beim Thema Rauchverbote sind die Politiker massiver öffentlicher Kritik ausgesetzt, die eine mehr freiheitliche, auf die Selbstverantwortung der Gaststättenbetreiber und Gäste bauende Regelung anstreben und nicht die, die mit alttestamentarischer Strenge die Zigarette zum Mordwerkzeug erklären.

Es ist wohl ein Trend der Zeit und vielleicht auch ein Zeichen der Verunsicherung vieler, dass gerade bei Themen im Zusammenhang mit Gesundheit und Umweltschutz nicht wenige es akzeptieren, ja sogar fordern, zu vernünftigen Verhalten nicht durch Argumente überzeugt, sondern durch Verbote gezwungen zu werden.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist kein Freund von Verboten. Er ist einfach baff, wie wenig Widerspruch in der Öffentlichkeit diejenigen finden, die die Handlungsfreiheit des Einzelnen immer weiter einschränken wollen. Wenn er das nächste Mal mit einem Das-gehört-verboten-Freak diskutiert, wird er das heutige Kalenderblatt mit dem trotzigen Verdict eines Dramatikers des Vormärz, Christian Dietrich Grabbe, zücken: „Das Verbot verdoppelt den Genuss“.

the
Sabriul

Kinder- und Jugendhilfe im Landkreises Günzburg:

Überdurchschnittliches Engagement

Das Kreisjugendamt Günzburg und die Fachstelle Sozialdienst am Landratsamt verfügen im Kalenderjahr 2007 über einen Gesamtetat von ca. 5,4 Millionen Euro für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Damit investiert der Landkreis Günzburg verglichen mit den anderen schwäbischen Landkreisen weiterhin einen überdurchschnittlichen Betrag in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen im Landkreis.

Ein Vergleich im Jahre 2006 mit den anderen Landkreisen im Regierungsbezirk hat ergeben, dass die schwäbischen Landkreise im Durchschnitt 39 Euro pro Einwohner für die Kinder- und Jugendhilfe ausgeben. Dieser Durchschnitt würde für den Landkreis Günzburg ca. 4,7 Millionen Euro bedeuten. Der Landkreis Günzburg kann aber mit einem wesentlich größeren Kinder- und Jugendhilfeeat aufwarten.

Bei einem weiteren Vergleich jugendhilferelevanter Indikatoren wie z.B. Scheidungsquoten bei Familien, Anteil der ausländischen Haushalte, Haushaltseinkommen, Jugendarbeitslosigkeit, Zahl der Empfänger von sozialen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes, zeigt der Landkreis Günzburg im schwäbischen Vergleich eine überdurchschnittliche Quote an arbeitslosen Jugendlichen. „Weil aber die übrigen Sozialindikatoren gegenüber den anderen schwäbischen Landkreisen besser sind, betont dies zusätzlich das besondere Engagement des Landkreises Günzburg im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe“, so Landrat Hubert Hafner. HJ



Zusmarshausens ehemaliger Bürgermeister wurde 75 Landrat Dr. Karl Vogele (re.) und sein Stellvertreter Max Strehle, MdL, überbrachten dem ehemaligen Bürgermeister von Zusmarshausen, Albert Meixner, die besten Glück- und Segenswünsche. Sie würdigten Meixners ausgleichende Art und seine großen Verdienste für den Markt Zusmarshausen und den ganzen Landkreis. „Wir haben Dir viel zu verdanken“, fassten Vogele und Strehle Meixners kommunalpolitische Arbeit zusammen. Meixner leitete von 1977 bis 1996 die Geschichte des Marktes Zusmarshausen. Von 1972 bis 1976 war er außerdem Mitglied des Augsburger Kreistages. Die erfolgreiche Arbeit des Jubilars hat vielfältige Würdigung erfahren. Davon zeugt unter anderem die höchste Auszeichnung, die der Landkreis Augsburg zu vergeben hat, der Goldene Ehrenring. □

Kurbereich des Bäderdreiecks.

Regional- und Strukturförderung

Ergänzend erläuterte Keilwerth die Regional- und Strukturförderung der Jahre 2000 bis 2006 in seinem Verantwortungsbereich. Hier wurden zusätzlich zu den EU-Finanzhilfen insgesamt 239 Mio. Euro aus Bundes- und Landesprogrammen in Niederbayern eingesetzt. Damit konnten Kommunen bei Tourismusinvestitionen oder die Wirtschaftskammern bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung maßgeblich unterstützt werden. Ein wesentlicher Teil der Fördermittel wurde für gewerbliche Investitionsprojekte der Industrie, des Handwerks und der Tourismuswirtschaft bewilligt. Somit wurden im gesamten Förderzeitraum über 5.530 neue Arbeitsplätze geschaffen sowie über 36.000 bestehende gesichert. DK

Landkreis Fürstentfeldbruck:

Tag der Jungunternehmer

Am 5. Mai präsentieren sich 63 Aussteller auf dem „Tag der Jungunternehmer“. „Über den enormen Andrang freuen wir uns sehr, denn er zeigt, dass wir mit unserer Idee ins Schwarze getroffen haben“, so Landrat Thomas Karmasin.

Die angebotenen Leistungen sind so vielfältig, dass sowohl für Unternehmer als auch für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises etwas dabei ist. „Von Handel über Handwerk und Dienstleistung ist alles vertreten. Wir bieten eine wahre Leistungsschau von Existenzgründern aus unserem Landkreis“, freut sich Barbara Magg, Leiterin der Wirtschaftsförderung.

Den Bürger als Endverbraucher erwartet ein großes Angebot, das von Ernährungsberatung, Kosmetik, Wellness, Heilpraktiker bis hin zur Hausver-

waltung oder Sanitärdienstleistung reicht. Es gibt Lebensmittel, Textilien und Immobilienvermittlung, Kunstschlösser, Schmiedemeister und Maßschneidereien und eine Eventagentur.

Angebot an die Wirtschaft

Auch alteingesessene Unternehmen des Landkreises sollen sich durch die Angebote der Fürstentfeldbrucker Existenzgründer angesprochen und zu einem Besuch eingeladen fühlen. So haben sich die Gründer im Bereich der Herstellung von Nanotechnologie ebenso spezialisiert, wie auf die Ausrichtung von Firmen- oder großen Marketingevents, Werbemittelvertrieb, Mediation und Konfliktbewältigung im Unternehmen sowie Kunststoffhandel, Qualitätsmanagement oder Sicherheitsberatung. □



Den Termin für das MainPop-BandCamp des Bezirks Unterfranken halten sich alle, die schon Gelegenheit hatten daran teilzunehmen, unbedingt frei. Auch in diesem Jahr war es wieder ein voller Erfolg.

Pop die kreativen Keimzellen der Region - und fördert auch die jüngsten Musiker.

Erfolgreiches Konzept

Die Idee ist simpel und erfolgreich zugleich: Musiker machen Unterricht für Musiker. Echte Praktiker übernehmen die Gestaltung der Camps. Dozenten bei den mehrtägigen Seminaren sind hochkarätige Fachleute aus der bundesweiten Musikszene, die sich neben Spezialwissen und dem entsprechenden know how durch pädagogische Ausbildungen auszeichnen. Allesamt Profis, die wissen, wie man junge Musiker begeistert und motiviert. Und wie man den Bandgeist fördert. Die Profis Markus Braun, einer der gefragtesten Jazzbassisten im süddeutschen Raum, Dirk Hoppe aus Hamburg für Gesang, Ingo Hasenstein für Gitarre, Daniel Schunn an den Keyboards und Benny Greb, einer der angesagtesten Schlagzeuger Deutschlands - bringen Können und Persönlichkeit mit. Das alles kommt bestens an, so dass viele Kursbesucher immer wieder an den Camps teilnehmen. Das spricht eindeutig für die Qualität. Gleichzeitig kann so die Weiterentwicklung verschiedener Musiker verfolgt werden.

Bestmögliche Förderung

Auch dass sich die Dozenten trotz Terminnot immer wieder die Camps im Kalender freihalten, spricht für das Konzept und für die Stimmung, basiert aber auch auf dem Engagement, dass der Populärmusikbeauftragte für Unterfranken, Peter Näder, und seine Mitarbeiterin Steffi Groß an den Tag legen. Bei den MainPop-BandCamps werden die Teilnehmer in verschiedene Gruppen aufgeteilt, um entsprechend des musikalischen Könnens und Know-hows bestmöglich gefördert zu werden. Der Bezirk unterstützt dabei jeden teilnehmenden Musiker aus Un-

terfranken mit je 100 Euro.

Alles dreht sich um Musik

Aufgeteilt in Level A und Level B dreht sich für einige Tage alles um Musik. Auch diesmal ging's wieder jeden Tag um 9 Uhr früh los, dann wurde bis spät in die Nacht geprobt. Auf dem Programm standen u.a. Rock, Pop, Jazz und Swing, aber auch Grooves & Styles, Kompositionen, Musiktheorie und das Schreiben von Songtexten.

Bandgeist aktivieren

Eine wichtige Philosophie dabei: das Fördern des Bandgeistes. Natürlich wurde auch an Instrumenten geübt, die Spieltechnik verfeinert, Gesang ausgebildet und zielgruppenspezifische Theorie vermittelt. Zusätzlich wurden Präsentation, Sound und Aufnahmetechniken vermittelt. Dafür stehen in der Akademie ausreichend Seminarräume und fünf Proberäume mit hochwertiger, kompletter PA, die von Dynacord und ElectroVoice schon seit Jahren zur Verfügung gestellt werden. So können sich die

Teilnehmer während der Workshops als Band formieren und die im Theorieunterricht erworbenen Kenntnisse sofort in die Praxis umsetzen.

Potenziale ausschöpfen

„Ziel der Bandcamps ist, den Teilnehmern zu zeigen, wie sie ihr musikalisches Potenzial besser ausschöpfen können“, erklärt Peter Näder. Auch soll vor allem jungen Musiker andere Musikstilrichtungen jenseits von Rock und Pop näher gebracht werden. „Dank unseres offenen Konzepts findet der Austausch nicht nur zwischen Dozenten und Teilnehmern, sondern auch unter den Teilnehmern statt.“

Das diesjährige BandCamp erreichte dann seinen Höhepunkt mit dem Abschlusskonzert aller Beteiligten Musiker; gut 300 Zuschauer verfolgten die musikalischen Präsentation auf höchstem Niveau - darunter auch der Würzburger Landrat und Bezirksrat Waldemar Zorn, sowie Karin Renner, in Vertretung des Bezirkstagspräsidenten, die seit Jahren die Mainpop-Veranstaltungen wohlwollend verfolgen.

Klasse Stimmung, begeisterte Teilnehmer, super Konzert

Überwältigende Resonanz beim MainPop-BandCamp

Hervorragende Dozenten, bestmögliche Raumsituation, klasse Stimmung und motivierte Musiker: Das diesjährige MainPop-BandCamp ist in den Osterferien in Hammelburg über die Bühne gegangen und hat mit einem tollen Abschlusskonzert einen Schlussspunkt auf hohem Niveau gesetzt - und begeisterte Teilnehmer wieder in den Alltag entlassen.

Nach dem Camp ist vor dem Camp: Schon jetzt fiebern die meisten Teilnehmer dieses Workshops der Populärmusikförderung des Bezirks Unterfranken (MainPop) auf das nächste Camp. Etliche Einträge im Forum auf der Homepage www.

mainpop.de beweisen eindrucksvoll, dass die mehrtägigen Seminare, die seit einigen Jahren in der Bayerischen Musikakademie in Hammelburg stattfinden, von Musikern für Musiker gemacht sind. Sie beweisen auch, dass das Konzept stimmig ist und an-

kommt. Das Feedback während und nach den Workshops sowie die stetig wachsende Zahl der Anmeldungen belegen den Erfolg dieses Konzepts.

Medium der Identität

So sind die MainPop-BandCamps in den vergangenen Jahren zu den wohl wichtigsten Musiker-Workshop-Angeboten in Bayern geworden. Nicht nur deshalb war in diesem Jahr auch der Jugendkultursender Zündfunk des Bayerischen Rundfunks mit einem Team vor Ort und berichtete von dem unterfränkischen BandCamp. Egal ob Mainstream oder Subkultur, Musik ist für viele Jugendliche ein Medium der Identität, ein wichtiges Sprachrohr. Aus diesem Gedanken heraus unterstützt die Populärmusikförderung Main-

Vorschau auf GZ 9

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 9, die am 3. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasserversorgung · Abwasserentsorgung
- Kommunale Baupolitik
- Garten- und Landschaftsbau · Grünanlagen
- Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN- NACHWEIS



Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken - Ankauf
Kostenlose Schätzung und Beratung - Ständiger Ankauf zu Höchstpreisen
Einlieferung zur Auktion jederzeit - Wir beraten Sie gerne auch zu Hause
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
HUGO KNÖDLER GmbH
Heinkelstraße 44 · 71384 Weinstadt
Tel. 07151-995160 · Fax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 · D-91285 Rothmann
Tel: 09 93 381 89-0 · Fax 09 93 381 89-199
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256+82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN!
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 · Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriestraße 1 · D-91285 Rothmann
Tel: 09 93 381 89-0 · Fax 09 93 381 89-199
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Str. 26
D - 92245 Kümmerbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 78 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen
siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Wasserzähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydometer.de